Oktober 2004 · 53. Jhg.

Sonderheft

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Kolonnenstr. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 09 04
www.infoladen-leipzig.de

Gegen hegemonie

Editorial 3

Nicht schweigen rur Anpassung 5

Zugpferde neoliberaler
Harmonisierung auf europäischer Ebene 10

Merkzettel 1 13

Demokratische oder
autokratische Hochschule 15

Merkzettel 2 21

Von der Verhinderung
kritischer Wissenschaft 23

This is not a nice place 28

»Hier wird Wissen Wirklichkeit« 31

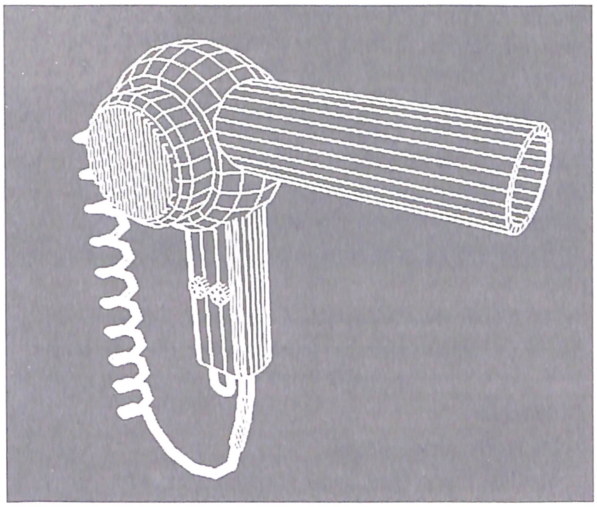
Über das Elend im Studentenmillieu 35

Merkzettel 3 39

Peter Brückner – Veranstaltung 41

impressum 43

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG



Editorial

Es ist nicht, was es ist! Überall an der Universität Frankfurt wird reformiert und restrukturiert. Wettbewerb und Leistungsorientierung sind die Zauberwörter, die die Lösung aller »Probleme« mit sich bringen sollen. Was derzeit als alternativlose Anpassung an die Notwendigkeit präsentiert wird, ist jedoch bei genauerem Hinsehen die hektische »Umsetzung« eines politischen Programms. Die Universität und jedes ihrer Mitglieder sollen im Rahmen des neoliberalen Programms für die Gesellschaft in Wert gesetzt werden. Was nicht unmittelbar der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit ihres Standortes dient (wie die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften), steht damit zur Disposition, abgewickelt zu werden. Fächer und Lehrende werden gezwungen, ihre Daseinsberechtigung als unmittelbar »nützlich« zu formulieren. Wer dies nicht kann, findet sich schnell als barmherzig geduldetes »Orchideenfach« und unmittelbar folgend auch schon als nicht mehr zu finanzierender Luxus wieder.

Allerdings bleibt dennoch völlig unklar, ob das verfolgte und immer wieder nach Gutdünken veränderte Programm der Ökonomisierung aller Bereiche auch tatsächlich »funktioniert«. Vor allem: So funktioniert, wie es den Damen und Herren in ihrer neoliberalen Phantasie / Ideologie vorschwebt. Denn auch die neidisch beäugten erstrangigen Vorbilduniversitäten aus dem anglo-amerikanischen Raum haben gravierende Probleme, so dass zum Beispiel – entgegengesetzt zu den hiesigen Debatten – in den USA wieder das in Deutschland als veraltet geltende Diplom als Modell diskutiert wird.

Hier wiederum machen sich Protagonisten wie der Universitätspräsident immer wieder lächerlich, indem sie ihre eigene Borniertheit in neuen Slogans wie »Hier wird Wissen Wirklichkeit« und »Reformen mit System« vorführen. In eben jenem neuen *Corporate Identity*-Slogan der Frankfurter Universität erscheint unverhohlen das ganze Programm: Nicht kritische Reflexion dessen, was sich als Wirklichkeit darstellt, ist das Ziel – vielmehr rückt statt dessen die Produktion nutzbringenden und konformen Wissens ins Zentrum des Interesses. Nutzbringend und somit realitätstauglich ist zweifelsohne nur das, was sich verwerten lässt. Alles, was auch nur in irgendeiner ominösen Weise den Anschein hat, über die Erzeugung kompatibler Arbeitskräfte hinauszugehen, wird verhindert oder aufgelöst.

Trotz offenkundiger Lächerlichkeit eines »Hier wird Wissen Wirklichkeit« ist allerdings in diesem Zusammenhang schon mancher das Lachen im Halse stecken geblieben: Weil sich nämlich kein breiterer Widerstand regt und sich die »Betroffenen« lieber einzeln eindosen lassen und die Unileitung sowie die Landesregierung so ohne Bedenken manchen unbequemen Fachbereich oder Lehrstuhl abschaffen oder mit genehmen Personen besetzen kann. Ein beliebtes und nahezu unnachahmlich erfolgsträchtiges Modell dabei scheint zu sein, die Autorität zur Selbstverstümmelung den Fachbereichen selbst zu übertragen, so dass diese sich hinfort darüber zerfleischen, wer oder was jetzt genau eingespart werden soll, und darüber ihre gemeinsame Not in tragikomischem Gebaren gänzlich verleugnen (und aus ihrem erhitzten Bewusstsein verbannen).

Entgegen den Behauptungen der ReformerInnen, »inhaltsneutral« zu sein, wird dabei gezielt die Verhinderung kritischer Wissenschaft betrieben. So verhinderte der Universitätspräsident immer wieder und zuletzt im vergangenen Sommer zusammen mit dem Wissenschaftsministerium anhand von fadenscheinigen Argumenten und Verfahrenstricks die Berufung einzelner WissenschaftlerInnen.

Mit der Bildung der sogenannten »Schwerpunkte« bei gleichzeitiger Einführung von Master- und Bachelor-Studiengängen im Zuge des Bologna-Prozesses werden schließlich nicht nur die letzten Möglichkeiten kritischer Interdisziplinarität zerstört. Analog dazu werden die Studierenden (nicht zuletzt über aufwendige Modularisierungsprogramme) in ein Zwangskorsett gepresst, welches nichts anderes bewirken soll, als möglichst schnell möglichst viele entsubjektivierte Subjekte auf die Arbeitsmärkte zu werfen, die das Konkurrenzprinzip zutiefst verinnerlicht haben. Die Möglichkeit, sich an der Universität mit kritischem Wissen über die Gesellschaft auseinander zu setzen, schrumpft proportional zu dem Durchschlagen einer neokonservativen Ideologie, die sich nicht einmal selbst zu legitimieren braucht und sich nachhaltig in der dazugehörigen Terminologie niederschlägt. Damit ist bei weitem nicht gemeint, dass bisher die Universität *der* Hort kritischen Wissens über die Gesellschaft gewesen sei, jedoch fanden sich und existierten be-

harrlich einige Nischen, in denen die unmittelbare Verwertbarkeit des Wissens nicht zum höchsten Maßstab erklärt wurde. Zwar nicht, ohne durch Konkurrenz und Wissenschaftssprech deutlich wahrnehmbare Spuren in den Subjekten zu hinterlassen, aber doch mit einem Anspruch der Erkenntnis von Gesellschaftlichkeit und der Gesellschaft als Ganzes.

Allein der performative Charakter einer Sprache, die sich in Schlagworten der »Leistungsorientierung«, »Qualitätssicherung«, »Elitenförderung« und »Exzellenz« ausreizt und in das Denken der Subjekte einbrennt, macht sich aber die rechthaberische und radikale Unmündigkeit zum Programm, die aufzuheben das eigentliche Ziel des Denkens ist. Sie fördert und produziert gerade jene Subjektivitäten, die phantasielos und geduckt zukünftig nicht nur universitäre demokratiefeindliche Änderungen im Universitätskörper hinnehmen, sondern deren Logik auch mit der Akzeptanz von 1-Euro-Jobs und anderen gesamtgesellschaftlichen, autoritären Umstrukturierungsprozessen konform geht.

Vor diesem Hintergrund ist es das ausdrückliche Ziel der in diesem Sommer von Studierenden und MitarbeiterInnen gegründeten *AG Gegenhegemonie*, diese scheinbar unverrückbare Normalität nicht nur anzukratzen, sondern auch im Sinne einer praktischen Kritik zu intervenieren. Dieses Heft ist ein erster theoretischer Schritt, zu dem parallel auch weitere praktischer Art in Arbeit sind: öffentlich sichtbare Kritik und Präsenz bei selbstverliebten Schönredereien von Universitätsleitung und Landesregierung, Bekanntmachung der willigen »ReformerInnen« der zweiten Reihe aus den Fachbereichen, Verteidigung unserer Studienmöglichkeiten etc. Die AG lädt alle Mitglieder der Universität ein, sich an Kritik und Aktionen zu beteiligen. Nichts muss so sein, wie es ist.

Dieses Sonderheft mit einigen Versuchen der Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation an den Universitäten, aus örtlichem Anlass mit Fokus auf die Frankfurter Uni, entstand aus der Zusammenarbeit der Redaktion der Zeitschrift *diskus* mit der *AG Gegenhegemonie*.

Die Redaktion

Nicht schweigen zur Anpassung
Thesen gegen diese Universität

26.10.04, 18.00 Uhr
Institut für vergleichende Irrelevanz,
Kettenhofweg 130

Nichts muss so sein, wie es ist. Das paralysierende, knirschende Schweigen, das die Anpassung an die scheinbaren Notwendigkeiten begleitet, muss in einen unüberhörbaren Lärm verwandelt werden, um in einer adäquaten Kritik artikuliert werden zu können. Die Überlegungen (siehe nächste Seite und folgende) dafür stellt die *AG Gegenhegemonie* an diesem Abend öffentlich zur Diskussion.

Kontakt: *gegenhegemonie@web.de*

b_books

verlag . buchladen . montagsPraxis . videos
lübbener str. 14 · 10997 berlin
tel 030 - 611 78 44 · fax - 618 58 10
www.bbooks.de · x@bbooks.de

»Der sexuelle Aufstand muss darauf abzielen, sexuelle Möglichkeiten zu eröffnen – ungeachtet der Namen, die Leute für ihr Begehren gewählt haben.«

Outside
Die Politik queerer Räume.
Matthias Haase, Marc Siegel, Michaela Wünsch (Hg.)
2004 i. E. (okt) · ~300 S. · ~15 € · ISBN 3-933557-25-9

»Die transsexuellen und transgeschlechtlichen Communities haben nicht die Performanzen des Geschlechts zum Thema gemacht, sondern die Technologien des Sex …«

Kontrasexuelles Manifest
Beatriz Preciado
2003 · 180 S. · 14 € · ISBN 3-933557-38-0

»So gesehen können wir Tausende von Erfahrungen finden, die sich auf die gleiche Suche gemacht haben.«

Escrache
Aktionen nichtstaatlicher Gerechtigkeit in Argentinien.
Colectivo Situationes
2004 · 230 S. · 14 € · ISBN 3-933557-57-7

»Ersatzökonomien … : als paralleler Kreislauf zu kapitalistischen Wirtschaftsformen und im Sinne einer Vision, diese zu ersetzen.

City of COOP
Ersatzökonomien und städtische Bewegungen in Rio de Janeiro und Buenos Aires
Stephan Lanz (Hg.) · metroZones 5
2004 i. E. (nov) · ISBN 3-933557-54-2

»… jene üblicherweise ignorierten oder geschmähten Praktiken und Prozesse, welche die als ›Ersatzstadt‹ in Selbsthilfe gebauten Gecekondus schließlich zur eigentlichen Metropole machten …«

Self Service City: Istanbul
Orhan Esen, Stephan Lanz (Hg.) · metroZones 4
2004 i. E. (dez) · ISBN 3-93357-52-6

»die herstellung des eigenen lebens ist auch für den existentialismus arbeit.«

I Said I love. That is the promise.
Die TVideopolitik von Jean Luc Godard
Gareth James, Florian Zeyfang (Hg.)
2003 · engl. / dt. · 360 S. · 16 € · ISBN 3-933557-31-1

Nicht schweigen zur Anpassung

Thesen gegen diese Universität

Es ist an der Zeit zu intervenieren. Denn die Hochschule befindet sich in einem dramatischen Transformationsprozess. Erschreckend dabei ist, dass die von oben und von außen getroffenen Entscheidungen auf praktisch keinen Widerstand stoßen, obwohl der Druck auf die verschiedenen Betroffenen (Studierende, Personal, Fachbereich, Hochschulen) erheblich zunimmt.

Daran muss sich etwas ändern. Die *AG Gegenhegemonie* hat sich gegründet um auf verschiedenen Ebenen in die Umstrukturierungsprozesse einzugreifen. Wir sind auch von den Veränderungen betroffen und wollen sie nicht als gottgegeben-naturwüchsig ertragen. Wir haben ein Wort mitzureden.

Der derzeitige Umbau der Hochschule betrifft uns unmittelbar und wirkt tief in unseren Alltag. Er betrifft uns sowohl, wenn wir als Studierende, wissenschaftliche MitarbeiterInnen oder als ProfessorInnen sprechen. Wir sind betroffen von längeren Arbeitszeiten, miserablen Studienbedingungen, hierarchischen Entscheidungsstrukturen, autoritärem Lehrpersonal und der Verdrängung kritischer Wissenschaften. Kurzum: Die Hochschule ist für uns ein sozialer Raum. Diesen Raum wollen wir nicht nur ertragen, sondern gestalten.

Die Umstrukturierung ist, auch wenn es häufig den Anschein erweckt, keine subjektlose Entwicklung. Sie wird gemacht von Interessengruppen, Individuen etc.

In diesem Text geht es uns zunächst um Folgendes: Wir stellen Thesen auf und damit zur Diskussion. Diese Thesen drehen sich um die Hochschule, ihre gesellschaftliche Rolle, die momentane Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Betroffenen. Thesen sind erst einmal Positionierungen. Wir beziehen also Position und ziehen Demarkationslinien in einem Wirrwarr diskursiver Spuren. Durch unsere Anordnung erhalten die Spuren eine Bedeutung, eine Richtung, eine Handlungsforderung.

Diese Operation, Demarkationslinien zu ziehen, neue Thesen zu provozieren usw., ist also kein spekulatives Spiel. Es ist eine Operation mit *praktischen* Auswirkungen. Indem wir die Situation kritischer beschreiben als der hochschulpolitische Mainstream, stellen wir uns diesem entgegen. Deshalb sind die Thesen bereits Positionen. Wir erhoffen uns, dass sich andere AkteurInnen wiederum relativ zu diesen Thesen positionieren. Im Vergleich zur jetzigen apolitischen Positionierung wäre das bereits ein erheblicher Fortschritt.

Möglicherweise wird der Text den Anschein erwecken, als wäre die Hochschule für uns ein völlig autonomer gesellschaftlicher Bereich. Dem ist nicht so. Wir hielten es für verkürzt, die Hochschule als absolut autonomen Gegenstand zu betrachten.[1] Aber ebenso wäre es verkehrt, die Entwicklung in den Hochschulen allein als Spiegel des gesamtgesellschaftlichen Kontextes und der dortigen Veränderungen zu lesen. Unser methodologischer Leitfaden ließe sich folgendermaßen zusammenfassen: Auch wenn wir das Außerhalb der Universität nicht abstreiten wollen, gilt es, die Konflikte und Widersprüche, die in der und um die Hochschule geführt werden, aufzuspüren. Die äußeren Umstände (der gesamtgesellschaftliche Kontext) wirken zwar, jedoch nur über die »Vermittlung« der inneren Widersprüche, die durch sie überdeterminiert werden.

These 1

Die Hochschulen befinden sich in einem weit reichenden Umstrukturierungsprozess. Das betrifft die Studierenden, den Mittelbau, die ProfessorInnen, die gesellschaftliche Rolle der Hochschule, die Organisation von Forschung und Lehre.

Die Frage, die sich zunächst stellt, ist die nach den Bedingungen, die zu dieser Situation geführt haben. Das Hochschulmodell der 1970er Jahre, die Gruppenhochschule mit partieller Mitbestimmung aller Statusgruppen, ist schon seit längerer Zeit in der Krise. Es gibt zwei wesentliche Gründe dafür, einen historisch-strukturellen und einen politischen Grund.

Der historisch-strukturelle Grund:

Die Gruppenhochschule, die sich in den Landeshochschulgesetzen Mitte der 1970er Jahre niederschrieb, ist das Resultat eines Kompromisses zwischen den damaligen politischen Kräften. Es konnte sich weder das Demokratisierungslager, noch das Lager der konservativen Kräfte durchsetzen. Die Konservativen wollten an der in die Krise geratenen Ordinarienuniversität festhalten, die die Entscheidungsmacht in die Hände der ProfessorInnnschaft legte und nur für eine kleine elitäre Klasse zugänglich sein sollte. Dem entgegen stand das Modell der Gruppenhochschule der »Demokratie«, das eine paritätische Mitbestimmung der drei wichtigen Statusgruppen (Studierende, MitarbeiterInnen, ProfessorInnen) vorsah. Da sich kein Lager durchsetzen konnte, wurden die Widersprüche institutionalisiert. Am Ende stand der technokratische Kompromiss der professoral dominierten Gruppenhochschule, mit dem sich keine der hochschulpolitischen AkteurInnen identifizieren konnten.

Der politische Grund:

Die politischen Kräfteverhältnisse haben sich nach der Kompromissbildung in eine ungünstige Richtung verschoben. Die politisch Herrschenden entzogen dem ungeliebten Kind »Gruppenhochschule« Schritt für Schritt die materielle Grundlage, gleichzeitig gab es den Verdacht von politisch relevanten Kräften, dass die Hochschulen Brutstätte des Terrorismus seien. Dies hat immensen Druck auf die Lehrenden ausgeübt und es war ab jetzt nicht mehr ratsam sich öffentlich kritisch zu aktuellen politischen Konflikten zu äußern – Loyalitätserklärungen von liberalen und »linken« DozentInnen zum Staat waren die Folge, vereinzelt Suspendierungen vom BeamtInnendienst. Bereits 1977 wurden die Mittel für die Hochschulen auf dem damaligen Stand eingefroren, während sich die Hochschulen selbst noch mitten in der Expansionsphase befanden. Als Konsequenz ergab sich eine Situation der politisch intendierten Unterfinanzierung, die sich ständig verschärfte. Entgegen immer wieder neu

geäußerter Szenarien führte die Unterfinanzierung aber nicht in den Kollaps, vielmehr richteten sich alle Mitglieder der Hochschule irgendwie damit ein.

Diese beiden Gründe haben sich inzwischen wechselseitig so verstärkt, dass sich die latenten Widersprüche inzwischen zu einer organischen Krise der Hochschule manifestiert haben: Die Gebäude sind marode; die Institute und Fachbereiche ringen um die wenigen zur Verfügung gestellten Mittel; die Überbelastung für das Lehrpersonal wurde durch eine zunehmende Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse und die Konkurrenz um die wenigen Stellen kompensiert etc. Die professoral dominierte Gruppenhochschule ist in die Lage geraten, dass sie sich selbst praktisch nicht mehr legitimieren kann. Damit steht ganz offensichtlich der Kompromiss aus den 1970er Jahren offen zur Disposition und marktorientierte Modernisierungsdiskurse werden plausibel. Der Gegenstand der Gruppenhochschule wird derzeit von der Wettbewerbshochschule als Identifikationsobjekt abgelöst.

Wie groß die Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen waren, lässt sich ablesen an den Formen die die Umstrukturierung momentan trägt. Transponiert man die Terminologie Gramscis auf den Gegenstand der Hochschule, lässt sich der aktuelle Prozess als passive Revolution bezeichnen: die Transformation ist eine grundlegende, wobei die ›Produktionsverhältnisse‹ selbst durch die Revolutionierung der Produktionskräfte nicht unterhöhlt, sondern bestätigt werden. Auf der politischen Ebene stellt sich das Ganze dar als subtile Form der Diktatur, in der sich nicht zwei große Machtblöcke entgegenstehen, sondern die herrschenden Kräfte kooptativ-pragmatisch ihre Regierungsbasis je nach Tagesbedürfnis variiert. Auf Seiten der Beherrschten wird die Situation dabei erfahren als wechselseitige Konkurrenz, Hoffnung auf Partizipation und Angst um das institutionelle Fortbestehen. Die zögerliche, aber doch vorherrschende Zustimmung zur »Reform« der Universität resultiert in erster Linie nicht aus dem Glauben daran, sondern aus der Angst vor den negativen Konsequenzen bei Verweigerung. Das Uni-Präsidium kann mit repressiv-diktatorischen Mitteln (Stellenkürzung, Institutsschließung, Kündigung etc.) die Fachbereiche, Institute, MitarbeiterInnen etc. in ihre Position zwingen.

Diese Konstellation weist der Uni-Leitung eine unheimliche Machtkompetenz und -konzentration zu. Gleichzeitig verlagert sich die Verwaltung des Mangels zunehmend zu den Endpunkten der Entscheidungsketten, in die Fachbereiche, Institute und Projekte. Durch die »autonome« Entscheidung über den Einsatz der Mittel soll das Effizienz- und Ökonomisierungspotential eine Stufe weitergetrieben werden.

Die letzte Anmerkung verweist bereits auf ein Defizit aus der ersten These. Bisher ist nur von einer Umstrukturierung die Rede. Jetzt geht es darum, diese Umstrukturierung genauer zu bezeichnen.

These 2

Die Umstrukturierung ist nicht irgendeine Umstrukturierung. Sie gehorcht einer bestimmten, einer neoliberalen Logik.

Das Ziel dieser Logik ist es, alle Ecken und Ritzen der Hochschule zu ökonomisieren. Das Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Generierung einer Wettbewerb- und Konkurrenzsituation auf allen Ebenen. Die Hochschulen treten gegeneinander in Wettbewerb; die Studierenden konkurrieren um begehrte Studienplätze; die Fachbereiche treten in Konkurrenz um Drittmittel und Zuschüsse; das akademische Personal ist dem Druck der ständigen Evaluierung ausgesetzt etc.

Das Regierungs-Denken setzt hierbei auf die Optimierung der Hochschule durch Neu-Konfiguration der einzelnen Elemente. Das Regierungs-Denken will gleichzeitig herrschen und produktiv machen, am Besten Herrschen durch Produktivierung. Es versucht, die Kontrolle über die AkteurInnen und Prozesse im Hochschulbetrieb auszuweiten. Dabei wird in erster Linie nicht auf Repression gesetzt, sondern auf ein komplexes systemisches Steuerungswissen, das auf der Logik von Selbstorganisation und Vernetzung beruht und das zu spezifischen Subjektivierungsformen führen soll.

Die neuen Anforderungen haben so einen gewollten Effekt auf die Beteiligten: Sie sollen zu ökonomischen Maschinen werden. Das intrinsische Interesse an Gegenstand und Methode der Fächer wird nachrangig, wenn nicht gar irrational. In erster Linie muss es den akademischen Subjekten nun um Effizienz und Kapitalakkumulation gehen. Studierende müssen Kosten und Nutzen ihres Studiums kalkulieren, um am Ende auf ein positives Ergebnis zu kommen. Das wissenschaftliche Personal ist darauf ausgerichtet, Wissen zu produzieren, das quantifizierbar, messbar ist. Dies wird als Qualitätsmanagement ideologisiert.

In allen Fällen geht es darum, die Fremdvorgaben (Nutzenmaximierung, Flexibilität) in die akademischen Subjekte selbst einzuschreiben. Sie sollen die Anforderungen an sich und ihre Funktion antizipieren und zum eigenen Anliegen machen. Der externe Antrieb durch Zwang wird damit internalisiert und überflüssig. Die relative Autonomie der akademischen Subjekte wird zu einer sehr speziellen, zur Autonomie des unternehmerisch handelnden Subjekts.

These 3

Die These 2 reicht nicht aus, um die Bewegung der Umstrukturierung zu beschreiben. Es gibt noch eine weitere Logik, die die derzeitige Entwicklung konturiert. Es gibt deutliche Zeichen dafür, dass kritische Ansätze aus dem akademischen Bereich herausgedrängt werden.

Uni-Leitung, Ministerien und ProfessorInnen unternehmen große Anstrengung, um den Sprung von gesellschaftskritischen NachwuchswissenschaftlerInnen auf die derzeit frei werdenden Lehrstühle zu verhindern. Das verweist auf ein Spezifikum der Rolle kritischer Wissenschaften im deutschen akademischen Kontext. Vergleicht man die lokale Situation mit der in anderen Ländern, dann fallen signifikante Unterschiede auf. Im gesamten englischsprachigen Raum nehmen beispielsweise die Ansätze der Frankfurter Schule einen wichtigen Platz ein. Texte von Theodor W. Adorno oder Max Horkheimer sind Bestandteil jedes Readers zur Einführung in die Kultur- und Sozialwissenschaften. Mit breitem Unverständnis wird dem entsprechend die Eliminierung dieser Theorietradition dort zur Kenntnis genommen.

Wo liegt der Grund für dieses Spezifikum der deutschen Hochschulen? Wir denken, dass der wesentliche Faktor für den deutschen Weg in der Rekonstitution der deutschen Hochschulen nach dem Zweiten Weltkrieg zu suchen ist. Diese zeichnete sich durch zwei Momente aus: 1. Zwar hatte sich das verbliebene Personal an den deutschen Hochschulen nach der Gleichschaltung während des Nationalsozialismus selbst diskreditiert. Das hatte aber ebenso wie in allen anderen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen (Justiz, Politik etc.) wenig Konsequenzen. Der Bruch zwischen NS und BRD stellte sich in gewisser Hinsicht also als Mythos heraus. 2. Demokratie, kritisches Denken und deren Träger musste den Deutschen von den Alliierten aufoktroyiert werden. Die Wissenschaftler, die wenige Jahre zuvor der Verfolgung und Ermordung nur durch das Exil entfliehen konnten, konnten nur unter dem Schutz und massiver finanzieller Unterstützung der

Alliierten an die Lehr- und Forschungsstätten in Deutschland zurückkehren.

Erst mit der Revolte der Studierenden Ende der 1960er Jahre konnte sich kritisches Wissen bis zu einem gewissen Grad an deutschen Hochschulen verankern. Die Revolte ermöglichte die Erfahrung, dass Kritik reale, materielle Wirkungen zeigt. An den Hochschulen wurden neue Lehrdeputate geschaffen und die nicht-habilitierten Deputate aufgewertet. Einige Stellen wurden explizit für gesellschaftskritische WissenschaftlerInnen eingerichtet, andere wurden, da zu Zeiten des Ausbaus zuwenig »Nachwuchspersonal« vorhanden war, zufällig von kritischen WissenschaftlerInnen besetzt.

Es stellt sich nun die Frage, wie stark sich kritisches Wissen institutionell verankern konnte. Betrachtet man die momentane Entwicklung, scheint sich die Richtung der Kontinuität gegen die des Bruchs durchzusetzen. Möglicherweise manifestiert sich nun die sekundäre Verdrängung, die Erfahrung der Niederlage und Erniedrigung des deutschen akademischen Mainstream nach 1945 nun auf eine ungezügelte Art, wie es bis vor kurzem noch unvorstellbar schien: Diejenige Wissenschaft und ihre RepräsentantInnen, mit dem man sich nie richtig identifizieren konnte, wird nun aus dem Feld des Sichtbaren gedrängt und damit das letzte Zeichen der eigenen (Mit-)Schuld des Wissenschaftsapparates an den NS-Verbrechen entfernt.

These 4

Die Hegemonie von Landesregierung und Uni-Präsidium trägt in sich Widersprüche. Sie ist des Weiteren nicht in der Lage, die Subalternen in ihr Projekt zu integrieren.

Die bonapartistische Position des Uni-Präsidenten folgt nicht nur aus einem instabilen Kräfteverhältnis, sondern besitzt selbst bereits konzeptionelle Mängel. Denn es folgt einer souveränistischen Konzeption von Macht. Die Machtfülle des Präsidenten, die durch die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes noch verstärkt wird, gleicht der Position des fürstlichen Souveräns. Der Präsident soll nun Entscheidungen treffen über fachliche Anforderung und Belange in einer Vielzahl von Disziplinen, denen er fremd ist. Auch die Ausweitung des exekutiven Stabs kann darüber nicht hinwegtäuschen, dass die Person des Souveräns überfordert ist angesichts der komplexen Regierungs- und Lenkungsanforderungen eines pluralen, differenzierten Apparats der Wissensproduktion. Auch wenn sich der Unmut bisher noch nicht konzentriert und organisiert hat, erzeugten die Entscheidungen des Präsidiums jetzt bereits deutliche Reibungspunkte.

Die Inszenierung der »neuen« Universität Frankfurt ist deutlich brüchiger als sich deren Protagonisten wünschen können. In weiten Teilen der Universität wird das Marketing-Projekt kritisch beurteilt, weil dessen herrschaftspolitische Akzentuierung deutlich erkennbar ist. Die Priorität des Umzugs der Fachbereiche Jura und Wirtschaftswissenschaften auf den IG Farben-Campus beispielsweise offenbart zum einen deren heraus gehobene Stellung und zum anderen das potentiell tragische Schicksal praktisch aller anderen Fachbereiche (vorzugsweise der Gesellschafts-, Erziehungs- und Kulturwissenschaften).

Es gibt also sowohl Widersprüche innerhalb des Blocks an der Macht, also auch zwischen Herrschenden und Beherrschten. Die Vielfalt der Interessen, die integriert und berücksichtigt oder unterdrückt und ausgeschlossen werden müssen, zeigt auf eine Situation jenseits der bestehdnen Herrschaftskonfiguration.

These 5

Die Tendenzen der Umstrukturierung sind als das zu behandeln, was sie sind: als politisches Projekt, das versucht, die Realität so zu gestalten, wie sie sie beschreibt.

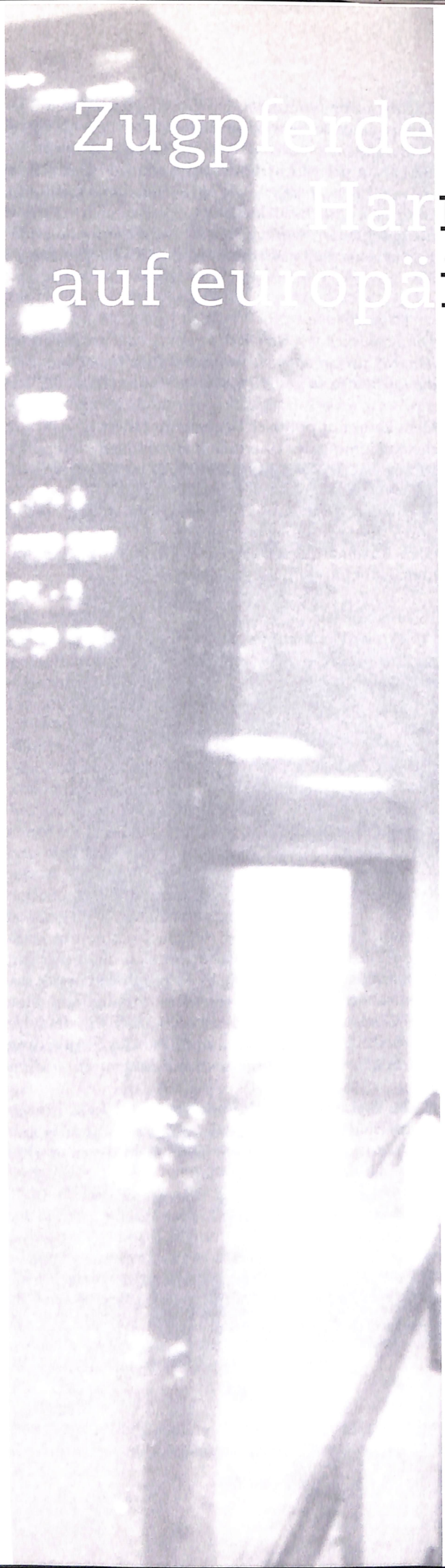
Dem kann nur politisch begegnet werden. Es geht um die Aneignung der Universität als sozialem und politischem Ort. Die Hochschule muss genauso wenig vorgegebenen, objektiven Sachzwängen gehorchen, wie die dort anwesenden Akteure. Die Universität ist Ort und Einsatz in einer politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Das zur Kenntnis genommen, ist bereits einiges gewonnen.

Aber um etwas konkreter zu werden. Es gilt das Projekt der Hochschulumstrukturierung als das zu denunzieren, was es ist: ein politisches (Herrschafts)Projekt. Komplizierter ist der zweite Punkt, die Formulierung des Projekts der anderen Hochschule, unserer Hochschule. Zum einen muss dieses Projekt die komplexe, widersprüchliche Situation zur Kenntnis nehmen, um hier und jetzt etwas zu verändern. Das wiederum, darf nicht dazu führen zur »Realpolitik« überzugehen. Eine emanzipative Hochschule zu verwirklichen, bedeutet sie abzuschaffen in einer freien Gesellschaft, weil die Trennung von Hochschule und Gesellschaft dann nicht mehr vorhanden ist. In der Zwischenzeit, muss dieser Widerspruch ausgehalten werden und die Hochschule als sozialer Raum genutzt werden. Eine Politisierung der Hochschule mit kritischen Wissenschaften beschäftigt sich nicht nur mit Problemlösungen der jetzigen patriarchalen und kapitalistischen Gesellschaft, sondern arbeitet auf eine freie Gesellschaft hin und versucht auch, die derzeitigen Bedürfnisse zu reflektieren und die Umlenkung von Begehren und Scheinbefriedigungen zu verhindern.

Die Trennung der Produktions- und Reproduktionsphäre die im kapitalistischen Spektakel aufgehoben wird, muss umgedreht werden in deren Aufhebung in eine freien Gesellschaft.

AG Gegenhegemonie

#1# Uns ist klar, dass unsere Situation in einer gewissen Hinsicht privilegiert ist. Die Möglichkeit, an die Hochschule zu gelangen, ist funktional verwoben mit dem Ausschluss sozialer Gruppen von der erweiterten Qualifizierung und Theoriebildung.



Zugpferde neoliberaler Harmonisierung auf europäischer Ebene

Bologna und BA/MA

Hinter dem Schlagwort Bologna-Prozess, der derzeit auch die Umbaubestrebungen bei uns an der Frankfurter Uni anleitet, verbirgt sich ein bereits 1998 durch die BildungsministerInnen Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Deutschlands angestoßener Prozess, der vordergründig zum Ziel hat, einen gemeinsamen europäischen Rahmen der Bildungssysteme zu schaffen. Die 1998 verabschiedete so genannte Sorbonne-Erklärung[1] steckte sich vor allem die Ziele einer Annäherung der allgemeinen Rahmenbedingungen für Studiengänge und –abschlüsse innerhalb eines europäischen Hochschulraums und der Schaffung eines gemeinsamen Systems mit vergleichbaren gestuften Studienabschlüssen. Zudem stand die Steigerung und Erleichterung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden im Zentrum der Planungen. Interessant ist, dass in der Erklärung selbst die Rede davon ist, dass der europäische Prozess und Europa nicht allein dasjenige des Euro, der Banken und der Ökonomie seien. Vielmehr gehe es darum, die intellektuellen, kulturellen, sozialen und technischen Dimensionen »unseres Kontinents« zu stärken. Gleichwohl sei es auch wichtig, die internationale Anerkennung des »attraktiven europäischen Potentials« zu stärken, was eben zur Voraussetzung hat, dass interne Barrieren abgebaut und gemeinsame Standards aufgebaut würden. In der Folgekonferenz von 1999 in Bologna unterzeichneten 29 BildungsministerInnen die sog. Bologna-Erklärung zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010, und, wie es in einer allgemeinen Zusammenfassung kurz und knapp heißt, »zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas als Bildungsstandort weltweit.«

Nur ein klein wenig Kritik ...

Kurz vor der nächsten Zusammenkunft der europäischen Bildungsminister im Mai 2001 in Prag verabschiedete die *National Unions of Students in Europe* (ESIB) in Göteborg ihre Deklaration zum Bologna-Prozess. Ihr Anliegen ist es weniger, den Prozess als solchen in Frage zu stellen, als vielmehr darauf hinzuweisen, dass die damit verbundenen sozialen Folgen

in der Bologna-Erklärung ungenügend beachtet werden. Gefordert wird, dass alle Bürgerinnen gleichermaßen Zugang zu höherer Erziehung haben, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Das bedeute, so die Göteborg-Deklaration, dass ein adäquates »funding in the form of study grants« gewährleistet sein muss. In der »Logik« des Bologna-Prozesses wird dann weiter gefordert, dass gewährleistet sein muss, dass alle »programmes of higher education institutions are compatible and exchangeable«. Deshalb sei es notwendig, einen gemeinsamen europäischen Rahmen der Akkreditierungskriterien zu schaffen, »in order to make sure that credits accumulated in different countries or at different institutions are transferable and lead to a recognisable degree.« Und weiter: »To guarantee and improve the quality of higher education, a strong European cooperation of the national quality assurance systems is needed. Accreditation, being a certification of a programme, takes into account, among other criteria, the quality assurance processes and should be used as a tool to promote quality.« Fragt sich nur, was auch immer »Qualität« ausmacht und wie sie gemessen werden kann?

... das dann auch niemanden interessiert

Positiv zu vermerken ist allerdings, dass die Göteborg-Deklaration fordert, dass alle ausländischen Studierenden die gleichen Rechte wie inländische haben sollen. Diese Forderungen wurden beim Prager Bildungsministertreffen im Mai 2001 dann »zur Kenntnis genommen«, wie auch die aktive Teilnahme des ESIB gewürdigt wird. Das Prager Communiqué bekennt sich offener als zuvor zum Wettbewerbsgedanken der höheren Bildungseinrichtungen in Europa; ein Gedanke, der auch in der Konferenz 33 europäischer HochschulministerInnen in Berlin im September 2003 deutlich zum Ausdruck gebracht wird.

Aus der bereits in der Sorbonner-Erklärung 1998 formulierten Idee, gestufte Studiengänge aus *undergraduate* und *graduate* Studienprogrammen zur Grundlage eines einheitlichen europäischen Hochschulraums zu machen, wurde in der Realität die europaweite Einführung von Bachelor (BA) und Master (MA). Diese seien, so bspw. auf der Homepage des Akkreditierungsrats nachzulesen, »international bekannte und anerkannte Hochulgrade (...), die sich auf dem ›akademischen Weltmarkt‹ bewährt haben.«[2]

BA / MA in der Kritik

Nun ist es ein mittlerweile offenes Geheimnis, dass diese international anerkannten und angeblich Arbeitgeberwünschen entgegenkommenden Abschlüsse vielfach weder bekannt noch gewünscht sind. So wusste von 17 im Vorfeld der Berliner Konferenz von 2003 befragten Arbeitgeberverbänden keiner so recht was mit den genannten Studienabschlüssen anzufangen (*FR* v. 13.1.2004). Selbst das nun nicht für seine kritisch-progressive Linie bekannte *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) muss feststellen: »Der Bachelorgrad ist noch weitgehend unbekannt ... Die genaue Verortung der neuen Abschlüsse kann aber nicht dem Markt überlassen werden« (*FAZ* v. 7.11.03). Entsprechend fragt dann auch Wolfgang Kemp in der *FAZ*: »Wozu der ganze Aufstand, wenn Titel wie Diplom weltweit gut gehen und sich ganze Bildungslandschaften wie Südostasien nach dem deutschen Modell reformiert haben?«

Und: der Aufstand ist beträchtlich, wenn man die damit verbundene Zeit und den Organisationsaufwand betrachtet, der schon spötteln ließ, dass an deutschen Unis vor lauter BA / MA nicht mehr geforscht werde. Leider bleibt einem das Lachen im Hals stecken, wenn man weiß, dass die notwendige Zertifizierung eines solchen Studiengangs gut und gern zehntausend Euro und mehr kostet; Geld, das den eh schon permanent klammen Unis noch zusätzlich fehlen wird.

Zudem ist das mit der Zertifizierung auch so eine Sache: Sie wird von sogenannten Akkreditierungsagenturen vorgenommen, die wiederum vom Akkreditierungsrat autorisiert werden. Dieser setzt sich aus insgesamt 17 Vertretern der Länder, der Hochschulen, der Studierenden und der Berufspraxis zusammen. Das dabei vielfach die Unklarheit der Kriterien nach denen Qualitätssicherung vorgenommen wird moniert wird, hemmt den Boom dieser Branche keineswegs.

Der Bolognaprozess als trojanisches Pferd ...

Alles in allem scheint damit ein Prozess losgetreten worden zu sein, der weder wirklich die angestrebten Ziele erfüllt (einheitlicher Bildungsraum, Vergleichbarkeit), noch scheint der Aufwand in irgend einem Verhältnis zur derzeitigen materiellen Situation an den deutschen Hochschulen zu stehen, in denen nach wie vor große Mangelverwaltung bei gleichzeitigem Stellen- und Angebotsabbau herrscht.

Bei dieser Kritik geht es nicht um das vielfach von konservativer Seite vorgebrachte Lamento, dass das »gute deutsche Diplom« oder der Magister sich doch bewährt hätten und so merkwürdige angelsächsische Abschlüsse (die auch in der angeblich dort so einheitlichen akademischen Welt vielfach nicht vergleichbar sind) hier einfach nicht herpassen.

Der Zweck, der v.a. mit diesen Umbaumaßnahmen verbunden zu sein scheint, ist vielmehr eine relativ breite Schicht Studierender mit »Bildung Light« abzufertigen, die dann mit dem »unteren Rest« der Gesellschaft in Konkurrenz treten. Jene teilen sich dann von einer durchaus auch finanziell so zu verstehenden Elite, denn: dass der erste, sog. »berufsqualifizierende« Studienabschluss – wie bislang in der Debatte vielfach versichert – gebührenfrei bleibt, bezieht sich dann höchstwahrscheinlich auf den in sechs Semestern zu erbringenden BA, für alles was danach kommt wird über kurz oder lang kräftig zur Kasse gebeten werden. Somit scheint die Einführung von BA und MA mit vorgeblichen Interessen seitens Studierender und der »Wirtschaft« eher ein trojanisches Pferd zu sein, mit dem zusehends der Zeit- und Ko-

stendruck erhöht wird. Das Bildung Zeit braucht, und das hierin bislang bei allem Chaos an deutschen Unis ein (wenn auch unbeabsichtigter) »Vorteil« lag, wird schnell deutlich, wenn Mensch mal die Erfahrung an Unis im BA / MA »erprobten« Ausland gemacht hat.

... und Instrument zur Durchsetzung neoliberaler Politik

Die verschiedenen Erklärungen der europäischen Bildungsministerinnen im Zuge des Bolognaprozesses haben eine auffällige Gemeinsamkeit: Sie sind allesamt keine verpflichtenden Abkommen oder Verträge, sonder lediglich Absichtserklärungen. Gleichwohl wird auf nationalstaatlicher Ebene, aber auch von Seiten der hessischen Landesregierung so getan, als schreibe der Bolognaprozess bestimmte hochschulpolitische Umstrukturierungen vor. Der Bolognaprozess wird hier als Sachzwang dargestellt und dann vollkommen nach eigenem Gusto interpretiert und ausgelegt. In der realen Umsetzung der Bologna-Vereinbarungen werden wohlklingende Ziele wie »lebenslanges Lernen«, »Qualitätssicherung«, »Vergleichbarkeit von Studiengängen«, »die Beachtung sozialer Belange der Studierenden« etc. pp. als das enttarnt, was sie sind: Rechtfertigungsideologie für neoliberale Bildungspolitiken – von Griechenland bis Finnland, von Spanien bis ins Baltikum und auch von Bayern bis nach Schleswig-Holstein.

Entgegen der Hoffnungen auch linker und fortschrittlicher Kräfte in der Bildungspolitik zeigt die Entwicklung des Bologna-Prozesses, dass im Großen eine (Mit-)Gestaltung im positiven Sinne nahezu unmöglich ist, wenn nicht auf nationalstaatlicher Ebene die politischen Kräfteverhältnisse merklich nach Links verschoben werden.

Gleichwohl gilt es die Köpfe nicht in den Sand zu stecken, sondern auch an den eigenen Hochschulen, an den Fachbereichen einzugreifen und beispielsweise, wenn es um Modularisierung und Akkreditierung von Studiengängen geht, diese möglichst lange zu blockieren und trotzdem zu versuchen, bestimmte fachliche Ausrichtungen auch in den »neuen« Studiengängen zu verankern. Zudem sollte darüber informiert werden, wie sich der Bologna-Prozess auf die eigene Hochschule auswirkt, wer wie betroffen ist. Schlussendlich soll hier die Notwendigkeit des Protests noch einmal betont werden: Geht raus, organisiert euch, werdet aktiv,

Organisiert Gegenhegemonie!

#1# Die nachstehend zitierten Dokumente sind, wenn nicht anders angegeben, unter www.bologna-berlin2003.de zu finden.

#2# www.akkreditierungsrat.de

Zum Weiterlesen.

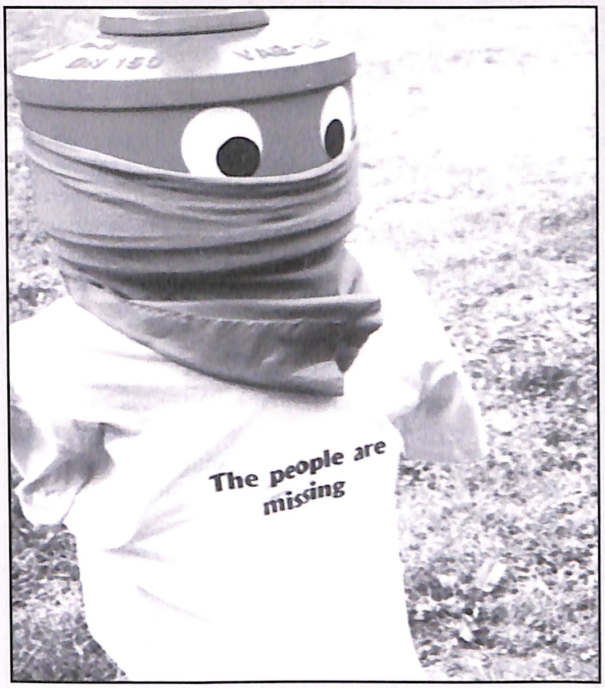
Stellungnahme des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: http://www.bdwi.de/stellungnahmen/bologna-prozess.pdf

Stefan Schmalz: Die Perspektiven des Studierendenprotests, Artikel aus Z – Nr. 57 März 2004, erschienen bei linksnet: http://www.links-net.de/artikel.php?id=1176

Lars Schewe: Legenden und Wahrheit über den Bologna-Prozess, in: BdWi (Hrsg.): BdWi-Studienheft: Studiengebühren, Elitekonzeption & Agenda 2010, Marburg, 2004.

Merkzettel 1

Was der Prof so alles tut, um die Seminare klein zu kriegen & was Du tun kannst, um die Massenuniversität zu retten



Als erste Faustregel gilt:
Du hast das Recht, jedes Seminar zu besuchen, dass Dich interessiert; ganz gleich, ob es ein Haupt- oder Grundstudiumsseminar ist, ein Grundkurs oder ein Proseminar, ob Du Lust hast, Protokolle zu schreiben oder ob Du nur alle drei Wochen kommst.
Hierbei hast Du sogar die Studienordnung auf Deiner Seite.

Als zweite Faustregel gilt:
Siehe die / den ProfessorIn als ein Wesen an, das daran interessiert ist, möglichst kleine Seminare vor sich zu haben.

Es gibt für ProfessorInnen sehr unterschiedliche Wege, zu kleinen Seminaren zu kommen. In der Regel orientieren sie sich an dem Leitbild, einen Teil der Leute einfach rauszuschmeißen. Für den Professor hat das den Effekt, dass nicht so viele Hausarbeiten zu korrigieren sind, als StudentIn verbringt man hingegen drei Wochen damit, Plätze in Seminaren zu finden oder man landet letztlich in Seminaren, in denen man eigentlich nie landen wollte. Nennen wir dies die »professorale, bürokratische Variante« (pbV).

Es geht auch anders: Ein volles Seminar ließe sich so organisieren, dass kleine überschaubare Arbeitszusammenhänge geschaffen werden – möglichst selbstorganisiert, unter Umständen unter Hilfestellung, Moderation, Anleitung durch die Lehrenden. Die Lehrenden könnten auch zusätzliche Tutorien beantragen. Sie könnten sich auch politisch gegen die Unterausstattung der Universitäten wehren. Nennen wir dies die »produktiven, wünschenswerten Varianten« (pwV).

Im Folgenden sind einige der professoralen Techniken genannt, die auf schlichte Verkleinerung der Seminare durch Rausschmiss zielen, (pfui) und was dagegen zu tun ist:

1. Politik der Abschreckung

Du bist noch nicht weit genug, angeblich ...

a) Beliebter Trick ist es, die Ankündigungstexte im Vorlesungsverzeichnis derart verschraubt zu formulieren, dass es einem / r sicher nicht einfällt, dieses Seminar zu besuchen. Auf ähnliche Wirkung zielen ellenlange Literaturlisten oder eine vorausgesetzte Lektüre von Büchern.

b) In der ersten Seminarsitzung wird enormer wissenschaftlicher Gestus aufgefahren oder Dir wird gesagt, Du müsstest auf dem neusten internationalen Forschungsstand sein. Oder Dir wird mitgeteilt, dass Du, wenn Du Verständnisschwierigkeiten mit der Literatur hast, besser zu Hause bleiben solltest.
Fazit: Elegante Abschreckung derjenigen Profs, die sich für gröbere Methoden (siehe unten) zu schade sind.
Empfehlung: Nicht einschüchtern lassen, schlicht ignorieren.

2. Politik der Diskriminierung

Du gehörst einer falschen Kategorie an, angeblich ...
Dir wird gesagt, dass das Seminar nur für Hauptstudiumsstudierende sei, nur für Hauptfächler sei, nicht für Lehramtsstudierende bestimmt sei etc.
Empfehlung: Ignoriere derart blödsinnige Unterteilungen; denke immer daran: Du bist keine Kategorie und lasse Dich nicht zu einer machen, heyho ...

3. Politik des Formalen

a) Du darfst nur bleiben, wenn Du immer kommst, angeblich ...
Um die »Verbindlichkeit« zu erhöhen, sollst Du Dich jede Woche auf einer Anwesenheitsliste eintragen.
Empfehlung: Du bist nicht im mindesten verpflichtet, jede Woche zu erscheinen und eintragen musst Du Dich auch nicht, von daher: *offensiver Boykott* – am besten wäre es, wenn die Mehrzahl der Studierenden Anwesenheitslisten verweigerten oder stets spaßige-eklige-phantasievolle – in jedem Fall falsche Namen eintragen.
Kleingruppen-Boykott: Solche Listen verlieren ihren Taug, wenn sie drei-, viermal nicht vorne ankommen ...

b) Du bist Deinen bürokratischen Verpflichtungen nicht nachgekommen, angeblich ...
Ein Seminar wird als »teilnahmebeschränkt« ausgewiesen, entsprechende Ankündigungen und Anmeldelisten werden möglichst unzugänglich veröffentlicht.
Empfehlung: Falls Du nur aus Interesse am Seminar teilnehmen willst, einfach ignorieren. Schwieriger ist es, wenn Du den Schein aus dem Seminar brauchst. Ist Dein Name auf der Teilnahmeliste Voraussetzung für z.B. das Schreiben der Klausur, wird Dich der Versuch, Dich still durchzuwurschteln, verwurschten. Da hilft nur offene Politisierung im Seminar. Bestehe darauf, dass du ein erwachsener Mensch bist und Dich nicht so behandeln lassen willst wie in der Schule. Behaupte, dass du intrinsisch motiviert bist und deswegen ein großes Interesse daran hast, selber zu entscheiden, wann und wie du dir den spannenden Lehrstoff aneignen möchtest. Weise darauf hin, dass Du gezwungen bist einer Lohnarbeit nachzugehen, dass Du Kinder zu erziehen hast, dass Du den Schein brauchst, weil Du dein Studium zügig beenden willst und außerdem von Studiengebühren bedroht bist. Wenn Du gut schauspielen kannst, behaupte außerdem, Steuern zu zahlen (genau die Steuern, von denen die Professorin bezahlt wird). Wenn sich Deine KommilitonInnen nicht mit dir solidarisieren wollen, fange an, gegen Beamte zu wettern (die unkündbar sind und meinen, sich alles rausnehmen zu dürfen) – das steigert die Chancen.

c) Du bist nicht leistungswillig, angeblich ...
Dir wird gesagt, Du seiest nur dann teilnahmeberechtigt, wenn Du auch ein Referat halten wirst.
Empfehlung: Ignorieren, Referate sind Angebote und niemals obligatorisch.

4. Politik des Loses

Du hast einfach Pech gehabt, angeblich ...
In der ersten Sitzung wird ausgelost, wer das Seminar besuchen bzw. wer hier einen Schein machen darf.
Empfehlung (individuell): Wenn Du weiterhin an dem Seminar interessiert bist, ignoriere die Losentscheidung. Am besten boykottiert das Losverfahren kollektiv.

Anmerkung: Sollten Professorinnen trotzdem weiter versuchen, Leute rauszuschmeißen, sei auf Merkzettel 2 verwiesen. Bei schwerwiegender professoraler Zuwiderhandlung erscheint Merkzettel 3 angemessen.

Französische Verhältnisse III

Demokratische oder autokratische Hochschule

Zum Entwurf der Neufassung des Hessischen Hochschulgesetzes

Wir leben in einer Demokratie. Später einmal wird man fragen, ob wir an die Demokratie glaubten – so wie wir heute fragen, ob die Griechen an ihre Götter glaubten. Welche Bedeutung haben wohl solche Überzeugungsformeln wie Demokratie, die wir wie eine Monstranz vor uns hertragen? Wo ist die Demokratie? Nicht in den Unternehmen, ein wenig in den Parteien, gering in den Fraktionen des Parlaments, nicht in der Regierung, der Verwaltung, der Polizei, der Bundeswehr. Nicht in den Schulen, auch nicht in den Universitäten, dem Ort der modernen Gesellschaft, wo aufgrund grundgesetzlicher Verbürgung Freiheit, Meinungsäußerung, Kritik institutionalisiert sein sollen. Nun belehrt der Entwurf zu einem neuen hessischen Hochschulgesetz auch diejenigen eines besseren, die vielleicht noch Illusionen gehabt haben mochten. Illusionen, die sich einstellen konnten, nachdem durch die studentische Protestbewegung der 1960er Jahre die damaligen technokratischen Hochschulreformbemühungen aufgehalten worden waren und ein leichtes Lüftchen demokratischen Engagements und wissenschaftlicher Innovation die Rockschöße der Talare ein wenig anhob. So konnte eine kurze, unerwartete Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen stattfinden, die sich gegenwärtig so sehr bemühen, ihrem Gravitationsgesetz zu entsprechen und wieder zu den Förderanstalten willfährigen Untertanengeists zu werden, die sie so viele Jahrzehnte während des 19. und 20. Jahrhunderts waren.

Ohne Zweifel, die Lage der Hochschulen schreit nach Reformen, denn die weniger als halbherzige Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen hat eigene negative Folgen hervorgebracht. Zu beklagen ist das numerische Missverhältnis zwischen Lehrenden und den Studierenden, dass dadurch entstanden ist, dass die Zahl der Hochschullehrer nur in ganz geringem Maß mit der Zahl der Studierenden gewachsen ist. Die Lehrenden ersticken unter den Belastungen von Gremienarbeit, Verwaltung, Prüfung, Betreuung, Einwerbung von Drittmitteln, überfüllten Seminaren. Eine gründliche Vorbereitung der Lehrveranstaltungen ist kaum noch möglich, eigene wissenschaftliche Arbeit wird zur Utopie, die sich erst mit der Rente

wird verwirklichen lassen. Die Studierenden können zufrieden sein, wenn sie im Laufe mehrerer Semester ein kurzes Gespräch mit den Dozierenden haben oder schließlich einen Prüfer finden. Sie sind nicht geliebt: den HochschullehrerInnen sind sie einfach lästig, weil es so viele sind; sie sollen arbeiten und Geld verdienen, gleichzeitig gut und möglichst kurz studieren; dauert es dann etwas länger, werden sie endgültig eine Belastung des Steuerzahlers: eine Überlast, die es abzubauen und zu bekämpfen gilt, weil hier wie überall der gefährliche »Sozialschmarotzer« lauert, der das Semesterticket oder die Krankenversicherung in Anspruch nehmen will. Die Öffnung der Hochschulen war eine gegen den offensichtlichen Widerstand der Institution. Der Anteil der Studierenden am Altersjahrgang ist in Deutschland mit knapp über 30 Prozent ohnehin geringer als in anderen vergleichbaren Ländern. Darüber hinaus sind die Enttäuschungen unter den Studierenden groß, etwa ein Viertel von ihnen bricht das Studium ab. Die Selektionen finden nicht nur vor der Toren der Universität statt, sondern auch durch die materiellen Zwänge des Erwerbs und durch die Studienmodalitäten, die wenig Freude aufkommen lassen und die Erfahrung der fröhlichen Wissenschaft kaum ermöglichen, ja, nicht einmal dulden. Deswegen freut man sich, wenn es zu öffentlichen Diskussionen über die Entwicklung der Hochschulen kommt – was viel zu wenig geschieht, so als sei das Schicksal der Hochschulen einer an Innovation und Wissen orientierten Gesellschaft gar nicht wichtig. Jeder demokratische Politiker müsste dankbar für eine solche Aufgabe sein, die Reformen an den Hochschulen voranzubringen und sie wieder zu einem Ort der Wissenschaften und der wissenschaftlichen Ausbildung zu machen – gehört es doch zu seinem Metier, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ergebnis seines politischen Handelns zu sehen. Erfreulich ist deswegen, wenn Bundes- und Landesregierungen sowie die Gesetzgeber sich dieses Problems annehmen, Strukturreformen vornehmen und die finanzielle Situation verbessern. Allerdings fallen die Lösungen, die den Politikern einfallen, in hohem Maße inkompetent aus; von mal zu mal wäre man enttäuscht worden – hätte man überhaupt die Erwartung auf gute Lösungen durch die Politik.

Nun möchte die hessische Landesregierung das seit 31. Juli 2000 geltende Hessische Hochschulgesetz (HHG) verändern. Mit einer Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs der Änderungen würde der Gesetzgeber auf zweierlei verzichten. Er verzichtete für die Geltungsdauer des Gesetzes auf die Möglichkeit, die Hochschulen unter demokratischer Kontrolle politisch zu lenken. Denn das demokratische Organ, das Parlament, würde sich entscheiden, einen weiteren Teil seiner Kontrollmacht an die Hochschulen abzutreten. Anstatt also die demokratische Verantwortung zu übernehmen, wird gerade dann, nachdem die Universitäten in ein Desaster hineinregiert wurden, von der Politik in Unverantwortlichkeit geflüchtet. Es heißt Autonomie, aber letztlich sollen die Hochschulen einfach selbst sehen, wie sie zurecht kommen. So wird, zweitens, die Misere verwaltet, indem sie der Hochschulbürokratie überantwortet wird. Denn die Gesetzesänderungen zielen nicht darauf, die Demokratie an den Hochschulen, ihre Handlungsautonomie und ihre Wissenschaftlichkeit zu stärken. Vielmehr verbreitet das Gesetz einen derart undemokratischen, ja antidemokratischen Geist, dass man sich fragen muss, ob das Parlament sich nicht selbst aufgäbe, wenn es einem solchen Entwurf Gesetzesrang gewähren würde.

Erinnern wir uns kurz, was laut HHG in der bestehenden und auch zukünftig gelten sollenden Fassung das Ziel der Hochschulen ist: Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und Künste sowie Verwirklichung des Rechts auf Bildung durch Forschung, künstlerisches Schaffen, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat; Vermittlung einer wissenschaftlichen Ausbildung, mithin der Erwerb der Fähigkeit zur selbständigen Anwendung und Entwicklung von wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen, eines wissenschaftlich-kritischen Denkens mit fachübergreifenden Bezügen; Vorbereitung auf berufliche Aufgaben, bei denen diese Fähigkeit erforderlich oder nützlich ist; darüber hinaus sollen Hochschulen auch an

der sozialen Förderung der Studierenden mitwirken.

Der Bezug der wissenschaftlichen Arbeit in Lehre, Forschung und Studium auf den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat ist also klar und deutlich hergestellt. Selbständiges und kritisches Denken soll gefördert werden. Nun stellt sich die Frage, ob die Hochschulen dies überhaupt können, ob sie als Organisationen und die einzelnen, die hier arbeiten, solche Fähigkeiten vermitteln können. Das HHG beruft sich selbstverständlich auf Artikel 5 des Grundgesetzes, auf die Regelung, dass Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre frei seien. Doch diese Freiheit nimmt im Detail des Gesetzestextes die eigenartige Gestalt einer besonderen Wissenschaftsauffassung an. WissenschaftlerInnen seien frei, Gegenstand und Methode der Forschung zu bestimmen. Dies wird präzisiert, wenn es heißt, die Freiheit der Forschung umfasst insbesondere die Fragestellung, die Grundsätze der Methodik sowie die Bewertung des Forschungsergebnisses und seine Verbreitung. Als Wissenschaftler stutzt man und fragt sich, wie viel Freiheit durch eine solche Regelung wirklich möglich sein wird. So weiß man ja, dass Bewertung innerhalb der Wissenschaften nach dem Postulat der Wertfreiheit durchaus der Selbstzensur der Disziplinen untersteht. Indem der Gesetzgeber die Freiheiten der Gegenstandswahl und der Methoden einräumt, schützt er wohl einzelne Bereiche wissenschaftlicher Arbeit vor staatlichem Zugriff, isoliert sie aber innerhalb des wissenschaftlichen Gesamtprozesses als einzelne Freiheiten und privilegiert damit bestimmte Wissenschaftsauffassungen und -instanzen, die dann gerade durch solche Unterscheidungen ihre Macht entfalten können. Andere Wissenschaftsverständnisse, die – wie die kritische Gesellschaftstheorie – Methode, Gegenstand, inhaltliche Einsicht und Bewertung nicht trennen wollen, könnten schnell zur Ideologie erklärt werden, für die die Freiheitsgarantie der Wissenschaft dann gar nicht gilt.

Kommen wir zurück zum Wortlaut des Gesetzes. Wenn hier gleichsam unterstrichen wird, dass »insbesondere« Fragestellung, methodische Prinzipien und Bewertung frei sind, wird man sich als Wissenschaftler sofort skeptisch fragen, welche Freiheiten durch diese euphemisierende Hervorhebung des »Insbesonderen« eingeschränkt werden sollen. Das ist der Prozess der Forschungs- und Lehrtätigkeit als ganzer, und es sind vor allem die konkreten Inhalte, die Erkenntnisse, also das, was die WissenschaftlerInnen eigentlich am meisten interessieren sollte. Beides, die wissenschaftliche Bemühung und die Erkenntnisinhalte, kommt dort zusammen, wo das Gesetz von der Organisation spricht. Die Hochschulorgane haben das Recht zu Eingriffen in die Forschung, wo es sich um die Organisation des Forschungsbetriebs, die Förderung und Abstimmung von Forschungsvorhaben und um die Bildung von Forschungsschwerpunkten handelt. Diese Eingriffsrechte berühren genau genommen das Wesentliche der Freiheit der Wissenschaft. Denn wenn man frei ist bei der Wahl des Gegenstands und der Methode, dann müssen die WissenschaftlerInnen auch darüber entscheiden dürfen, wie der Forschungs- und Erkenntnisprozess beschaffen ist, der es ihnen erlaubt, auf der Grundlage des gewählten Gegenstands und der Methoden zu wissenschaftlichen Inhalten zu gelangen. Die inhaltliche Wahrheit ihrer Forschung liegt ja nicht im Gegenstand, den man nur einfach einmal richtig – mit der richtigen Brille – betrachten muss. Die inhaltliche Arbeit ist selbst ein langer Prozess von Nachdenken, Einsicht, Diskussion, Publikation. Die wissenschaftlichen Inhalte ihrer Arbeit sind den Wissenschaftlern ja nicht äußerlich oder gar gleichgültig, sie werden sich ihnen in vielen Hinsichten ihres täglichen Lebens, ihres Denkens und Fühlens verpflichtet fühlen. Sollte ihnen das alles egal sein, dann würde man wohl kaum annehmen dürfen, dass die Hochschule ihrem gesetzesmäßigen Zweck entspräche, nämlich zum Recht auf Bildung durch Forschung beizutragen. Dann wären auch Zweifel an der Qualität der wissenschaftlichen Einsichten erlaubt – und die lassen sich in der Tat haben, weil so viele Wissenschaftler tatsächlich kaum diesen Titel verdienen.

Betrachten wir den Sachverhalt so, dann hängt alles am Charakter der Hochschulgremien, die in die Forschungsorganisation eingreifen dürfen. Solche Eingriffe wären dann legitim, wenn es sich um Selbsteinwirkungen handelte, wenn also die an der Forschung und Lehre Beteiligten (als Hochschullehrer, Mitarbeiter und Studierende) sich bemühten, für ihre Arbeit eine bessere Organisationsform zu finden. Das ent-

UniReport

spräche dem Bemühen der Wissenschaften, in Forschung und Lehre fachübergreifend kritisch und selbstständig zu denken und ein solches Denken zu fördern. Damit würde aus dem Innern wissenschaftlicher Erfordernisse zudem auch dem Selbstverständnis des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates entsprochen: es würden nämlich die Hochschulen sich freiheitlich und demokratisch selbst bestimmen. Dazu bräuchte es stärkere Entscheidungs- und Kontrollorgane als den Senat mit seinen 17 Mitgliedern, von denen neun Hochschullehrer sind. Denkbar wäre eine Versammlung von Fachbereichsvertretungen. Dort, wo die Gremien von WissenschaftlerInnen nur partikulare Interessen vertreten würden, dort, wo die Forschung eine autoritäre und antidemokratische Richtung annehmen würde, könnten ein Hochschulrat – der nicht nach aufgrund des Vorschlags des Präsidiums ausgewählt würde, dessen Aufgabe nicht nur auf die Artikulation der Erwartungen der Berufswelt an die Hochschulen begrenzt wäre, und in dem Personen aus allen gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert wären – sowie MitarbeiterInnen und vor allem Studierende als Korrektur wirken, die mit den Hochschulen nur kurzzeitig verbunden sind. Diese Mitspracherechte der Studierenden als ein wesentliches Element einer demokratischen Hochschulverfassung wurde leider durch die Rechtsprechung verhindert. Ebenso ist auch die Vorstellung, Studierende könnten durch eine Evaluation die Qualität der Lehre und Forschung beeinflussen, zweckentfremdet worden, indem sich die Evaluationsdiskussion in eine ganz andere Richtung entwickelt hat. Evaluiert wird nicht die einzelne Tätigkeit der Hochschullehrer durch die betroffenen Studierenden, sondern die Durchlaufquote von Studiengängen, die Zahl der Abschlüsse, der Umfang der eingeworbenen Drittmittel, die Zahl der Veröffentlichungen von Hochschullehrern. Es entsteht eine gewaltige Evaluierungsbürokratie, die viel Zeit und Geld kostet. Viele Hochschullehrer sind damit befasst, dass sie ständig neu evaluiert werden oder andere evaluieren. Dort, wo die Evaluierung an private Einrichtungen übergeht, wird damit sehr viel Geld verdient, das den Wissenschaften genommen und ihnen fehlen wird.

Die Freiheit von Forschung und Lehre hängt also an der Organisation der Hochschulen, und diese Organisation hängt an den Hochschulgremien. Deswegen ist es wichtig, auf die Hochschulgremien einzugehen. Sie stehen im Zentrum des Entwurfs des HHG. In der Begründung des Entwurfs wird der tragende Gedanke klar ausgesprochen. Der Gesetzesentwurf habe zum Ziel, das Hochschulpräsidium und die Dekanate als die operativen Organe der Hochschule zu stärken. Dies sei für den Wettbewerb und das Erfordernis der Profilbildung der Hochschulen erforderlich.

Die entscheidende Rolle kommt dem Präsidium zu. Es leite die Hochschule und fördere mit den anderen Organen, den Fachbereichen und ihren Mitgliedern ihre zeitgerechte innere und äußere Entwicklung. Was zeitgerecht ist, wird – wie deutlich wurde – nicht autonom durch die WissenschaftlerInnen bestimmt, sondern durch das Gesetz: Wettbewerb und Profilbildung. Das Gesetz überschreitet seine Kompetenz, es nimmt den Hochschulen ihre Autonomie in dem Augenblick, in dem es sie ihnen verspricht und zwingt zu einer bestimmten Ausrichtung, die mit wissenschaftlichen Inhalten nicht viel zu tun hat. Zu diesem Zweck, aber eben nur zu diesem, bekommt das Präsidium das Recht, über die Entwicklungsplanung der Hochschule zu entscheiden, Zielvereinbarungen abzuschließen, Budgets zuzuweisen und den Strukturplänen der Fachbereiche zuzustimmen. Im Präsidium hat der Präsident die Richtlinienkompetenz. Er hat aber darüber hinaus auch deswegen eine stärkere Position, weil er eine Amtszeit von sechs Jahren hat, die Vizepräsidenten nur für fünf. Gewählt werden diese zudem aufgrund des Vorschlags des Präsidenten. Der Präsident kann sich demnach nach seinen Vorstellungen ein ihm genehmes Entscheidungsgremium zusammenstellen. Er entscheidet am Ende unkontrolliert und ohne institutionelle Gegengewichte über das, was als profiliert, was als wettbewerbsfähig gilt.

War die Entwicklungsplanung bislang noch eng an den Senat gebunden, dem gegenüber der Präsident einmal im Jahr rechenschaftspflichtig ist – und der ihn abwählen könnte, was aber wenig wahrscheinlich ist – , so wird dies nun geändert. Denn bislang schlug das Präsidium dem Senat die Einführung und Aufhebung von Studiengängen vor. Dies darf es nun aus eigener Machtvollkommenheit: »Das Präsidium entscheidet nach Anhörung oder auf Vorschlag der Fachbereiche und nach Stellungnahme des Senats über die Einführung und Aufhebung von Studiengängen.« (Entwurf HHG § 42 Abs. 5) Das Präsidium und der Präsident werden ermutigt zu entscheiden. Sie sollen sicherlich vorher noch konsultieren. Doch im Prinzip können sie, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, Studiengänge errichten oder beseitigen. Das aber be-

deutet, dass die Freiheit der Wissenschaft in einem ganz grundlegenden Sinn durch Organisation und Verwaltung eingeschränkt, wenn nicht beseitigt wird. Denn der Studiengang ist ja der konkrete Ort, an dem sich die Freiheit der Lehre und Forschung vollziehen muss. Was nutzt es den WissenschaftlerInnen, wenn sie ihren Gegenstand frei wählen können, dieser aber aufgrund veränderter Profilierungsstrategien des Präsidenten organisatorisch nicht mehr gewünscht wird. Damit dies noch reibungsloser möglich ist, wird das Gewicht der fachlichen Gesichtspunkte bei der Wahl eines neuen Professors verringert. Denn die Berufungskommission, die im Prinzip nach fachlichen Gesichtspunkten entscheiden sollte, wird nun nicht mehr von den Dekanaten der einzelnen Fachbereiche allein, sondern »im Einvernehmen mit dem Präsidenten« eingesetzt. Der Präsident kann nun also durch die Auswahl der Kommissionsmitglieder steuern, welche inhaltlichen Schwerpunkte und wissenschaftlichen Kriterien besondere Relevanz erlangen. Die Rangeleien und Intrigen unter den Wissenschaftlern, die ohnehin irrational genug sind, können nun noch überlagert werden durch die Machtbestrebungen des Präsidenten und die Liebedienerei nach oben. Die Dekane ihrerseits werden wahrscheinlich dem Wunsch des Präsidenten keinen großen Widerstand entgegensetzen, denn der Dekan wird in Zukunft »auf Vorschlag des Präsidenten oder der Präsidentin« aus dem Kreis der dem Fachbereich angehörenden ProfessorInnen gewählt. Der Präsident, hier wird es ausdrücklich gesagt, erhält also die enorme Kompetenz, noch bis in den für die wissenschaftliche Autonomie sensibelsten Bereich, die Berufung und damit die faktische Wissenschafts- und Forschungsentwicklung, administrativ hineinzuregieren. Über den von ihm abhängigen Dekan und im Einvernehmen mit diesem kann der Präsident unmittelbar auf die personelle Zusammensetzung einer Kommission Einfluss nehmen und damit sicher stellen, dass von vornherein keine ihm möglicherweise missliebigen Kandidaten aufgestellt werden. Sollte eine Kommission aufgrund fachlicher Überlegung einen Wissenschaftler auswählen, der dem Präsidenten nicht als zeitgerecht erscheint, also als jemand, der nicht in das Profil passt, das er für seine Hochschule vorgesehen hat, dann hat er das letzte Wort der Entscheidung. Denn das Recht zur Berufung eines Professors wird in Zukunft nicht mehr beim demokratisch gewählten und kontrollierten Minister, sondern beim Präsidenten liegen, der weder öffentlich noch in der Hochschule kontrolliert ist. Schließlich öffnet ihm noch eine weitere Regelung ein erhebliches Maß an Recht und Willkür. Das Präsidium entscheidet über die Leistungsbezüge der Professorinnen und Professoren. Dies aber bedeutet, dass die Präsidenten am Ende mit dem Mittel des Geldes signalisieren können, wen sie im Interesse der Universität für wichtig oder wenig wichtig halten. Dass dies schnell zu Mobbing oder Gesinnungsterror führen kann, indem Präsidenten die Höhe der Einkommen von Professoren als ein Instrument zur Regulierung von deren Willfahrigkeit nutzen, liegt auf der Hand.

Die neuen Regelungen der Organisation der Hochschulen ändert ihre Struktur und das Wissenschaftsklima grundlegend. Alle relevanten, das Wissenschaftsleben betreffenden Entscheidungen werden von einer zentralen Stelle aus getroffen. Es handelt sich um ein Top-down-Modell, das die Mitsprache von Wissenschaftlern nicht mehr vorsieht. Dies gilt auch und vor allem für den Bereich, der ihre Arbeit unmittelbar berührt. Organisationsveränderungen, die aus dem wissenschaftlichen Prozess, aus der wissenschaftlichen Diskussion angestoßen werden könnten, sind nahezu undenkbar. Verstärkt wir dies zum einen durch die Modularisierung der Studiengänge und zum anderen durch Leistungsverträge zwischen den HochschullehrerInnen und Präsidien. Entscheidend wird der Wille einer Person, des Präsidenten, der seinerseits vom Gesetzesentwurf auf im wesentlichen unwissenschaftliche Kriterien verpflichtet wird: Zeitgerechtheit und Wettbewerb. Doch in der Unbestimmtheit dieser Kriterien, die keiner demokratischen Kontrolle und keiner Diskussion unterliegen, sondern wie ein Naturgesetz die Politik, die Öffentlichkeit und nun auch noch die Wissenschaften beherrschen, kann sich der Opportunismus gegenüber herrschenden Trends und Moden, die Willkür und die Infamie kleingeistiger und despotischer Hochschullei-

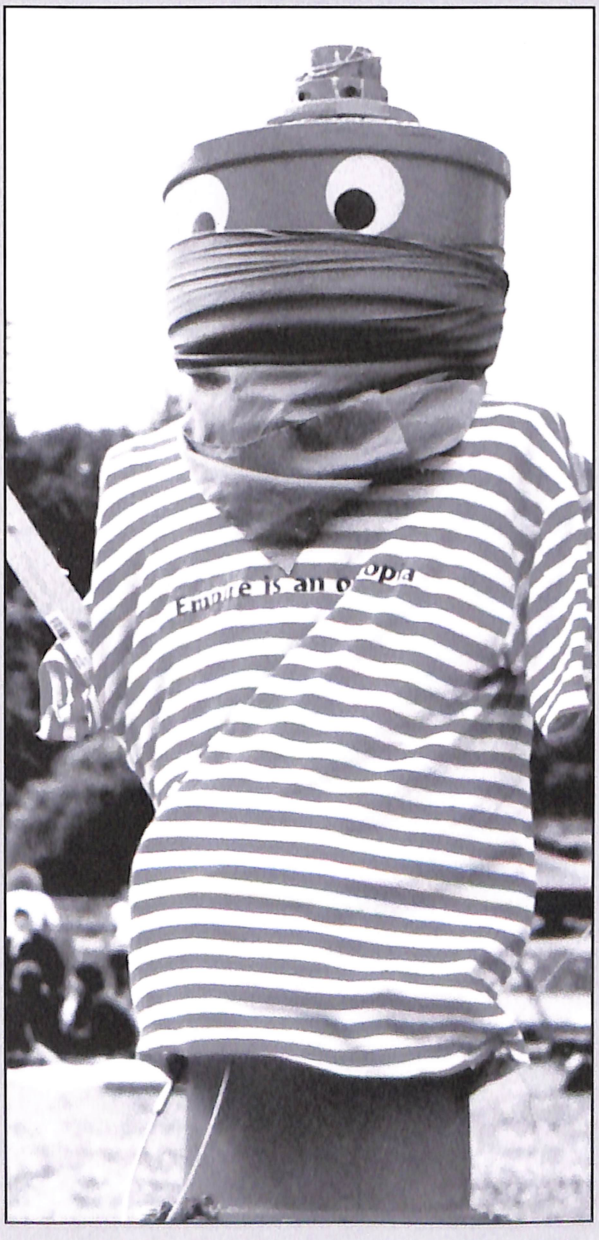
tungen entfalten. Die Hochschulen werden zu Modellen praktizierten Autoritarismus, zu öffentlich finanzierten Einrichtungen, denen übergreifendes, kritisches Denken, denen die demokratische Haltung ausgetrieben wird. Jeder auf wissenschaftliche Argumente gestützte Dissens hinsichtlich der Gliederung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre muss sofort mit einer Serie von Sanktionen rechnen: Aberkennung von Leistung oder gar Beseitigung von Studiengängen, mithin also des eigenen Fachgebiets. Das ist der Einzug der Autokratie in eine öffentliche Einrichtung, die als Teil des demokratischen Rechtsstaats selbst auf demokratische Prinzipien verpflichtet sein sollte. Das ist die Beseitigung von Wissenschaftlichkeit im Namen des Wettbewerbs.

Das alles sind keine vagen Befürchtungen für die Zukunft, sondern wird schon praktiziert. Hier wird es gesetzesförmig ausbuchstabiert. Missliebige, randständige, für irrelevant gehaltene Studiengänge werden geschwächt oder geschlossen, weil sie angeblich nicht ins Profil einer wettbewerbsorientierten Hochschule passen, die Leistungen von Hochschullehrern oder Fachbereichen bei der Einwerbung von Drittmitteln werden von den Universitätsleitungen einfach manipulatorisch ignoriert. Nun könnte man ja einwenden, dass die Hochschulen sich dank der Initiative des Gesetzgebers selbst lenken werden, weil die Hochschulleitung aus Wissenschaftlern besteht, die doch sicherlich das Beste wollen. Das ist allerdings gar nicht sicher, weil ja die Stelle des Präsidenten öffentlich ausgeschrieben werden kann. Dabei ist nicht vorgesehen, dass es sich bei den Bewerbern um Wissenschaftler handeln muss. Darüber hinaus muss man auch die Wirkungen vor Augen haben, die die Logik des Amtes auf die Amtsträger haben. Werden es solche sein, die mit großem Weitblick, gelehrsamer Neugierde und Diskussionsbereitschaft, wissenschaftlicher Liberalität und persönlicher Großzügigkeit für die Sache der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre eintreten werden? Werden es jene Leader sein, die nach den neuen Managementmethoden nicht mehr autoritativ befehlen wollen, sondern in Netzwerken agieren, die Diskussion suchen und mit Visionen durch Konsens führen und Initiative anregen? Wenn es schon keine Demokratie an den Hochschulen gibt, dann möchte man wenigstens an den guten und kompetenten Herrscher glauben. Aber wie schon auf anderen Feldern wird eine solche Hoffnung wohl auch an den Hochschulen enttäuscht werden. Solche nahezu unkontrollierten Machtbefugnisse schaffen sich in der Regel ihr eigenes »Menschenmaterial« – wie es Max Weber genannt hätte. Die Machtfülle muss jeden überfordern und korrumpieren und zu der Raserei und dem Wahn führen, alles durchzusetzen, was der eigene Wille und die Laune eingibt. Die Erfahrungen mit einigen Hochschulen zeigen, dass Präsidenten oder Rektoren bereits jetzt, wo Machtkompetenz noch nicht so groß ist, die Neigung haben, sich von den Gremien, den Kollegen und der eigenen Verwaltung abzukoppeln und ihre Hochschulen absolutistisch wie Duodezfürstentümer zu leiten. Durch kein Organ wirklich der Kontrolle unterworfen oder korrigiert, können sie es sich leisten, das Ohr nur noch Schmeichlern, Intriganten, Kratzfüßlern zu öffnen. Der neue Sozialcharakter, der dem erwarteten Führungsstil entspricht, zeichnet sich bereits ab: es ist der hartleibige, schneidige Dezisionist, der von sich selbst übermäßig überzeugte, dem Cäsarenwahn verfallende, dem bürokratischen Geist und dem Dünkel der Allkompetenz verhaftete Potentat, der jeden sachlich-kritischen Einwand als Unbotmäßigkeit betrachtet und hinter der Maske höflicher Verbindlichkeit mit kaltem Durchsetzungswillen beantwortet, der anerkennungssüchtig den Großen dieser Welt hinterher läuft, von denen er gebraucht und gleichzeitig wegen seines Eifers belächelt wird. Der Präsident ist alles, die Wissenschaften sind nichts. Der demokratische Gesetzgeber würde also, indem er die Hochschulleitungen derart ermächtigte, nicht nur die Demokratie schwächen. Ebenso schlimm ist, dass auch etwas so Empfindliches wie die kreative und innovative wissenschaftliche Arbeit, die ohnehin an den Hochschulen so sehr bedroht und verhindert wird, durch die zu erwartende Reorganisation der Hochschulen weiteren und nachhaltigen Schaden nehmen würde. Nicht Hoffnung auf die guten Hochschulleiter, sondern Hoffnung auf die Rationalität der Wissenschaften bleibt, dass sie nämlich, die schon so viele autoritäre Zumutungen überstanden und überwunden haben, sich auch gegen diese behaupten werden.

Alex Demirovic

Merkzettel 2

Was tun, wenn die Dozentin oder der Dozent nicht spurt



1. Bummelstreik

Nachhaltiges Schweigen im Seminar, angegebene Texte nicht lesen, keine Meldungen bei der Referatsvergabe u.ä. (am Fachbereich eine beliebte Praxis unter den Studierenden)
Vorteil: Im wahrsten Sinne des Wortes ohne Aufwand zu bewerkstelligen. Zudem kann mit der passiven Mithilfe der Kommilitoninnen gerechnet werden.
Nachteile: Bummelstreiks fallen meist erst dann auf, wenn sie einigermaßen breit praktiziert werden. Außerdem neigen Prüfungsberechtigte eher dazu, an die Faul- und Dummheit der Studierenden zu glauben, denn an konzertierte Aktion.

2. Absentismus

Boykott einzelner Seminare oder der Dozentin (ebenfalls sehr weit verbreitet)
Vorteil: Noch gibt es am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften genügend Prüfungsberechtigte, um seine fünf Prüferinnen zusammen zu bekommen.
Nachteile: vgl. Bummelstreik. Statt an ihrer selbst zu zweifeln, freuen sich zudem die meisten Dozierenden, wenn ihre Seminare leer sind.

3. Offene Arbeitsverweigerung

Versprochene Referate, Protokolle o.ä. nicht anfertigen
Vorteil: Gerade bei unentschuldigtem Fernbleiben der Referentin extrem unangenehm für die Lehrenden: Je nach Gemüt Wut, Trauer und zudem 1,5 Stunden Arbeit.
Nachteil: Vorsicht! Falls eines der kürzlich neu eingeführten Formblätter, auf denen sich die Studierenden für eine Prüfung (Referat u.ä.) anmelden sollen, vollständig, wahrheitsgemäß und leserlich ausgefüllt wurde, gilt jedoch solche Art der Arbeitsverweigerung

als Fehlversuch bei der entsprechenden Prüfung. Günstiger ist es, der Lehrperson mitzuteilen, dass man zwar ein Referat halten will, aber kein Schein mehr benötigt wird.

4. Widerspruch

Einspruch und Gegenrede bei Spirenzchen der Prüfungsberechtigten, die der Prüfungsordnung widersprechen
Vorteil: Zieht eventuell sogar positive Sanktionen nach sich: Immerhin hat eine GesellschaftswissenschaftlerIn kritisch zu sein.
Nachteile: Prüfungsberechtigte verfügen über weit mehr Redepraxis und neigen dazu, dass letzte Wort haben zu wollen. Mit etwas Pech hat man im Nachhinein sogar das ganze Seminar gegen sich. Erfordert Selbstbewusstsein.

5. Insubordination

Demonstrative Missachtung professoraler Autorität: Nichtbeachtung, Gähnen oder Lachen bei professoralen Wortbeiträgen. Missachtung akademischer Rituale (Klatschen statt auf die Tische klopfen), plötzliches Verlassen des Seminars
Vorteil: spaßig, lehrreich, und auch individuell praktikabel; kann ansteckend sein.
Nachteile: Hat die Lehrperson ein gutes Personengedächtnis, fällt wieder ein potentieller Prüfer oder eine Prüferin aus. Erfordert Selbstbewusstsein.

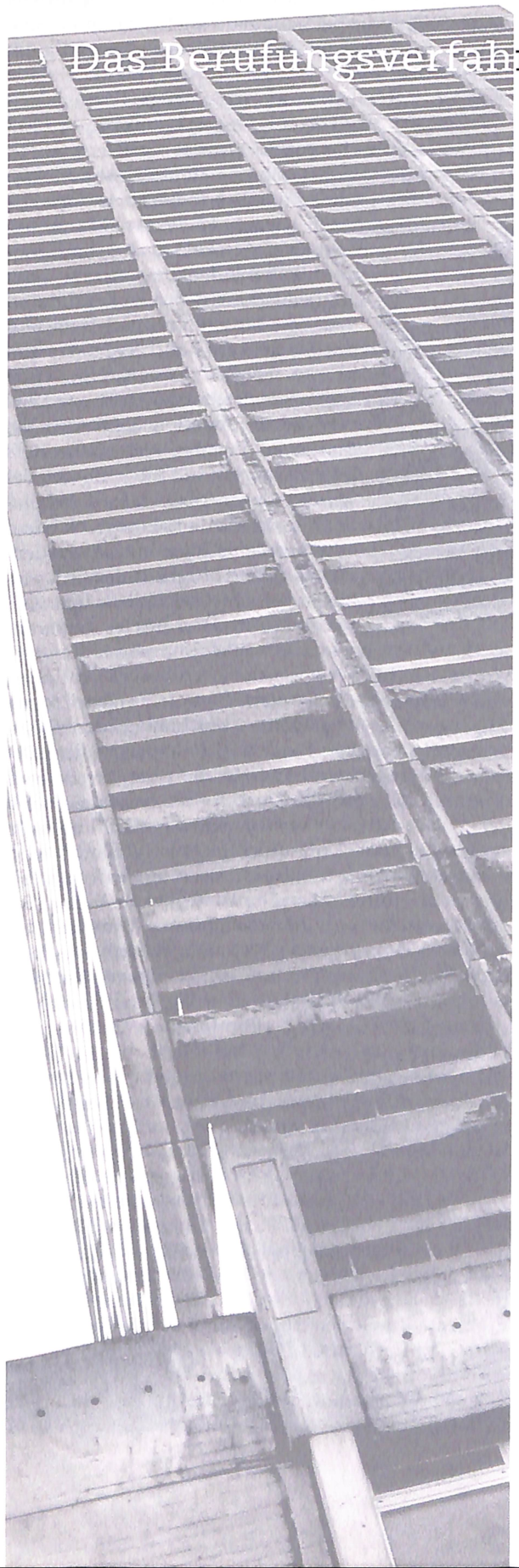
6. Turmblockade

Vereint die Praktiken 3, 4 und 5 Vorteile: weitgehende Anonymität gegenüber dem Prüfungsberechtigten; Stärkung der Kollektivität unter den Studierenden. Nachteile: nur in Gruppen, die mindestens 10 Personen umfasst, zu bewerkstelligen. Zieht einen hohen Arbeitsaufwand nach sich, (siehe Merkzettel 3)

Französische Verhältnisse III

Von der Verhinderung kritischer Wissenschaft[1]

Das Berufungsverfahren zur Ritsert-Nachfolge



Aus dem Verfahren zur Neubesetzung der Ritsert-Stelle am FB Gesellschaftswissenschaften lässt sich einiges darüber lernen, wie es um die Universitäten derzeit bestellt ist. (...) Die Hochschule war immer auch *ein* Ort, in dem eine linke Theoriebildung vorangetrieben werden konnte. Und diese Rolle wird sie wohl auch in Zukunft nicht völlig verlieren, auch wenn der Wandel derzeit dramatische Ausmaße annimmt. (...) Der gegenwärtige Umbruchprozess geht tiefer. Und er bedroht keineswegs nur eine linke Theoriebildung. Vielmehr geht es beim Umbau der Hochschulen zu einem postfordistischen Dienstleistungsunternehmen, das Ausbildung verkauft, um die Frage, ob sie überhaupt noch ein Ort von Theoriebildung sind. (...) Auf der anderen Seite ist die Verhinderung der Berufung von Alex Demirovic auf diese Stelle aber auch nichts völlig Neues, sondern steht in der Kontinuität von ähnlichen Verfahren aus der Vergangenheit. Dieses Verfahren weist zwar einige besondere Merkmale auf, auf die ich im Folgenden in aller Kürze hinweisen möchte. Aber für sich allein genommen würden diese noch nicht das Urteil einer Abwicklung kritische Theorie in Frankfurt nahe legen. Auch andere Verfahren in der Vergangenheit waren ähnlich desaströs im Hinblick auf die Weiterentwicklung kritischer Theorie ausgegangen. Ich verweise nur auf die Schell-Nachfolge und die Kampagne gegen Margit Mayer Mitte der 1980er Jahre. (...) Auf eine Abwicklung kritischer Theorie deutet allerdings einmal die ideologisch motivierte Energie hin, die in die Verhinderung einer Person deshalb gesteckt wurde, weil sie eine aktuelle Variante kritische Theorie repräsentiert. Und zudem kann man in Verbindung mit dem oben skizzierten Umbruchprozess von einem Umschlag der Quantität in Qualität sprechen: Irgendwann sind die verbliebenen Lehrenden, die sich noch einer Variante kritische Theorie verpflichtet fühlen, so ausgedünnt, dass man zum Studium dieser Theorie wohl besser einen anderen Ort – vielleicht auch außerhalb der Hochschulen – wählen muss.

Diese Befürchtung speist sich aus der Tatsache, dass Lehre immer noch von Personen vertreten wird. Es geht bei allem also nicht nur um Inhalte und Strukturen, um Theorien und Institutionen, sondern es geht auch um die Weitervermittlung von Denkansätzen durch Individuen (...)

Unendliche Geschichten gehen nicht immer gut aus

Gemessen an den normalen Besetzungsverfahren zeichnete sich dieses Verfahren zunächst durch seine Länge aus. Fast vier Jahre sind seit der Verabschiedung des Ausschreibungstextes und der Einsetzung der Berufungskommission (BRK) und dem Ende des Verfahrens vergangen (ohne dass zwischendurch eine Neuausschreibung erfolgt wäre). Eine BRK setzt sich aus ProfessorInnen, MitarbeiterInnen und Studierenden zusammen (zzgl. Frauenrat und ggf. weiteren beratenden, d.h. nicht stimmberechtigten Mitgliedern), wobei allerdings die ProfessorInnen die Stimmenmehrheit haben. Dieser Kommission obliegt die Auswahl der KandidatInnen, die in die engere Wahl gezogen werden, die Einladung ausgewählter BewerberInnen zu einem Hearing, die Bestellung auswärtiger Gutachten und letztlich die Erstellung einer (in der Regel mit drei Personen) besetzten und in der Reihung gewichteten Liste, die dann an den Fachbereichsrat (FBR) und von da aus an den Senat weitergeleitet wird.

Die Verzögerungen ergaben sich allein aus den Hindernissen im Verfahren selbst und den taktischen Versuchen, sie zu umgehen. Dabei gab es – wie immer – schon um die Ansiedlung, den Ausschreibungstext und die Ausrichtung der Stelle Konflikte, die allerdings für das weitere Verfahren nicht weiter relevant waren. Wichtig ist nur: keine/r der BewerberInnen erfüllte alle genannten objektiven Kriterien – Logik der Sozialwissenschaften, Sozialphilosophie und Wissenschaftstheorie – optimal (zumal auch eine gewisse Erfahrung mit empirischer Sozialforschung wünschenswert war). Allerdings geht es in solchen Verfahren nie allein um inhaltliche Kriterien, sondern immer auch um Personen, die eine bestimmte Form von Theorie inhaltlich ausgestalten. Und hier kristallisierte sich sehr schnell der spätere Listenerste Alex Demirovic als der Kandidat heraus, auf den sich die Kommission – nach meinem begrenzten Eindruck – im Laufe des Verfahrens immer eindeutiger als Favorit einigen konnte. Allerdings war es ein langer Weg, bis es tatsächlich zu einer endgültigen Liste kam, die nach Wiesbaden weitergeleitet wurde.

Aufgrund der erwähnten Hindernisse verschiedenster Art fanden nämlich mehrere Anhörungstermine statt. Nach einer ersten Anhörung von fünf BewerberInnen kam es aufgrund eines Konfliktes mit dem Frauenrat zu einer Nacheinladung von zwei Kandidatinnen. Erst danach (und nach dem Eingang mehrerer Gutachten; dazu später mehr), wurde Ende Sommersemester 2002 eine erste Liste von der Kommission verabschiedet, die zu Beginn des Wintersemesters 2002 / 03 auch vom FBR verabschiedet wurde. Gegen diese Liste erhob jedoch der Präsident Einspruch, dem allerdings eine Intervention aus dem FB bzw. eines Mitglieds des FBR vorausging. Richtete sich diese Intervention in Form eines Briefes gegen inhaltliche Entscheidungen der Kommission – u.a. wurde fälschlicherweise die Nichtberücksichtigung eines Kandidaten moniert, der seine Bewerbung längst zurückgezogen hatte – brachte Präsident Steinberg den »Hausberufungsvorbehalt« gegen Alex Demirovic ins Spiel (zudem hatte der Listenzweite zwischenzeitlich eine C4-Professur angenommen und stand nicht mehr zur Verfügung – was allerdings nicht gerade gegen die Liste spricht). Dieser Vorbehalt wird uns noch weiter beschäftigen. Denn hier bewegen wir uns in einer juristischen Grauzone, die auslegungsbedürftig ist. Ursprünglich war dieser Vorbehalt, oft auch als »Hausberufungsverbot« dramatisiert, dazu gedacht, die Klüngelbildung an den Universitäten zu verhindern: Wer Mitglied einer Universität ist bzw. sich dort habilitiert hat, kann nur unter bestimmten Bedingungen berufen werden (letztlich der Ruf an eine andere Universität; allerdings gelten auch schon auswärtige Listenplätze und damit die Berufungsfähigkeit als ausreichend). So weit, so gut. Allerdings ist der Begriff »Hausberufung« nicht eindeutig geklärt. Damit gibt er aber der Willkür, sprich den jeweiligen Machtverhältnissen freien Raum. Immer wieder kommt es vor, dass »stärkere«, d.h. vom Wohlwollen der Unileitung begleitete Fachbereiche völlig zweifelhafte Listen (mit nur einer Person besetzt, die zudem nicht nur im Verdacht der Hausberufung steht) ohne Probleme durch den Senat kommen, während dieser Vorbehalt in anderen Fällen als Instrument genutzt wird, um unliebsame Listen abzuschmettern oder unbeliebte FB abzustrafen. Die Behandlung der Liste »Ritsert-Nachfolge« ist so gesehen nichts Ungewöhn-

liches. Formal war in diesem Falle der Vorbehalt gegen Alex Demirovic aus dem Spiel, denn er stand zu diesem Zeitpunkt auf zwei anderen Listen an vorderer Stelle (zweimal Platz zwei), was seine Berufungsfähigkeit an andere Hochschulen unter Beweis stellt. Daher argumentierte der Präsident mit einer »materialen« Interpretation dieses Hausberufungsvorbehalts. Ich muss an dieser Stelle offen lassen, ob die Unterscheidung formal – material, die der Präsident (immerhin ein Jurist!?) überhaupt haltbar ist, denn eine materiale Auslegung von Gesetzen ist unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht unproblematisch. Nun sah die Sache »material« aber nicht anders aus als »formal«: Alex Demirovic hatte mehrere Jahre an anderen Hochschulen Vertretungen ausgeübt; zuletzt allein 4 Jahre an der Universität Wuppertal. Damit gehörte er in »materialer« Betrachtung schon lange dem FB 03 nicht mehr an, auch wenn er sich dort einmal habilitiert hatte. Um seine Ablehnung der Liste zu begründen brachte der Präsident daher noch ein anderes Argument ins Spiel: die angebliche fehlende »Exzellenz« des Kandidaten. Dieser Vorwurf stützte sich auf eine äußerst selektive Interpretation der vorliegenden Gutachten; und er muss als willkürlicher Eingriff in die Kompetenz der Kommission gewertet werden, denn wer, wenn nicht die Kommission, kann die wissenschaftliche »Exzellenz« eines/r KandidatenIn beurteilen. Ein sachfremder Jurist jedenfalls nicht. Doch das war erst der Anfang. Denn letztlich ging es Steinberg – das wurde aus seinen schriftlichen wie mündlichen Stellungnahmen völlig klar – um die Ausrichtung von Demirovic an der kritische Theorie und damit um die Verhinderung einer solchen Theorievariante auf dieser Stelle.

Zu diesem Zeitpunkt kam es noch zu einem Kompromiss zwischen FB bzw. BRK und Präsidenten. Um die nach Ansicht von Steinberg im Ganzen schwache Liste zu stärken – neben dem Listenzweiten, der nicht mehr zur Verfügung stand, war die Drittplatzierte noch nicht habilitiert –, sollten neue BewerberInnen eingeladen und die Liste ergänzt werden. So kam es zu einer dritten Anhörungsrunde, zur Bestellung neuer Gutachten und letztlich zu einer neuen Liste. Diese Liste, die auf Platz eins wiederum von Alex Demirovic angeführt wurde, wurde sowohl von der BRK als auch vom FBR einstimmig angenommen. Das stellt meines Wissens ein Novum in der Geschichte der FB 03 dar (wobei allerdings unklar ist, ob hinter den Kulissen auch tatsächlich alle Mitglieder des FB hinter der Liste standen und sie nicht still und heimlich torpedierten). Doch selbst die Einmütigkeit, so sie denn wirklich bestand, konnte nicht helfen. Schon im Senat kam es zu einer harten und knappen Auseinandersetzung; und in Wiesbaden war inzwischen von Seiten der Unileitung derartig vorgearbeitet worden, dass die Berufung des Zweitplazierten letztlich zu erwarten war. Um zu verstehen, wie es dazu kam und was diese Entscheidung bedeutet, muss man etwas tiefer in die Details gehen.

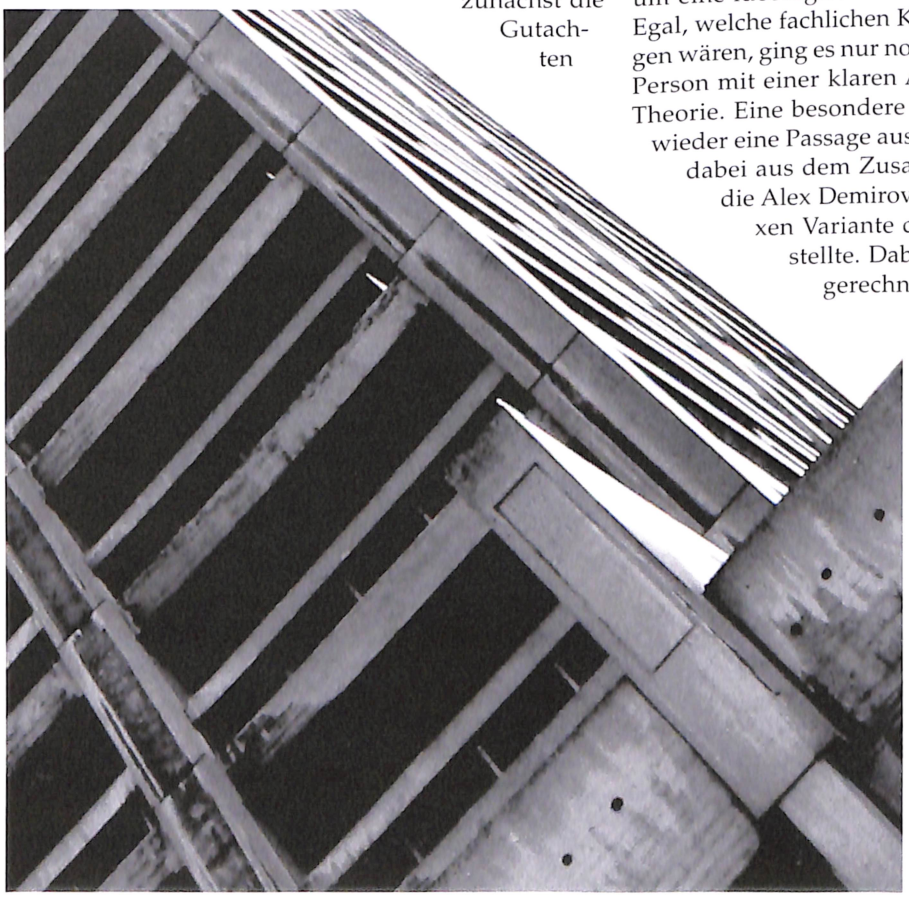
Gremienarbeit als ABM-Maßnahme

Noch auf einer Veranstaltung im Oktober 2003 behauptete Präsident Steinberg auf Nachfrage, er würde einer neuen, ihm damals noch gar nicht als BRK-Bericht vorliegenden, weil noch gar nicht beschlossenen Liste, unvoreingenommen gegenüberzustehen und sie ausgangsoffen prüfen wollen. In Wirklichkeit hatte er zu diesem Zeitpunkt schon damit begonnen, die Instrumente zum Abschießen der Liste zu schmieden, ob auf eigene Faust oder mit Anschub aus dem FB mag offen bleiben. Zu diesem Zweck hatte er nämlich schon Anfang Oktober 2003 drei Gefälligkeitsgutachten in Auftrag gegeben. So muss man diese nämlich nennen – vielleicht besser noch: »so genannte Gutachten«. Denn er bestellte von drei Fachvertretern, die man mit den Namen Kollegen sicher nicht mehr ansprechen kann, Gutachten, die in keiner Weise den Standards wissenschaftlicher, gar vergleichender Gutachter in einem Berufungsverfahren entsprechen. Diese drei »Gutachter« erhielten weder die vollständigen Unterlagen noch verglichen sie wenigstens alle zur Platzierung vorgesehenen Kandidaten mit allen eingereichten Schriften. Statt dessen bezogen sie sich äußerst selektiv lediglich auf eine nicht repräsentative Auswahl und nahmen einen äußerst fraglichen Vergleich vor. Mehr noch: Einer der Gutachter war befangen (weil einer seiner Sprösslinge im Verfahren war) und einer hatte – erklärtermaßen!! – von der Materie keine Ahnung und erklärte sich für nicht zuständig. Eigentlich waren diese »Gutachten« auch gar kein Bestandteil des Verfahrens, sondern wenn überhaupt nur Teil der privaten Meinungsbildung des Präsidenten. Legal, Illegal, Scheißegal: Letztlich spielten sie im weiteren Verfahren eine entscheidende Rolle. Mit ihrer Hilfe wurde aus dem Bericht über die Kommissionsarbeit, d.h. über eine Arbeit, an der mehr als ein Dutzend sachkundiger FachvertreterInnen über mehrere Jahren hinweg mitgewirkt hatten, ein äußerst kostspielig und zeitaufwendig erstelltes Klopapier.

Diese Entwertung ereignete sich schon bei der Behandlung der Liste im Senat. Obwohl nach Aussage des Präsidenten kein Bestandteil des Ver-

fahrens, begründete der Senatsbeauftragte, der eigentlich nur das formal richtige Zustandekommen dieser Liste begutachten sollte, seine inhaltlichen Bedenken gegen diese Liste (wovon er, weil Fachfremd, eigentlich keine Ahnung hatte) mit Voten aus diesen »Gutachten«. Trotzdem war die Attacke auf die Liste nicht erfolgreich. Der Präsident scheiterte mit seinem Antrag, die Liste an den FB zurückzugeben (sprich: die Stelle neu auszuschreiben). Allerdings scheiterte auch der umgekehrte Antrag, die Liste mit Zustimmung des Senats an das Ministerium weiterzuleiten, da unter den anwesenden und stimmberechtigten Mitgliedern des Senats ein Patt herrschte.

Hatte der Präsident damit sein Ziel, die Liste abzuschmettern und an den FB zurückzugeben, eigentlich verfehlt, dann war sie nun gleichwohl entscheidend geschwächt worden. Doch der FB entschied sich dafür, die Liste auch ohne Senatsvotum an das Ministerium weiterzureichen. Angesichts der Situation war dies die einzige Möglichkeit, wollte man nicht das Verfahren für gescheitert erklären und die Stelle neu ausschreiben. Die (zugegeben nur geringe) Hoffnung bestand darin, in Wiesbaden mit den besseren Argumenten den ideologisch motivierten Widerstand des Präsidenten auszuhebeln. Doch man musste wieder einmal erfahren, was man eigentlich auch vorher wusste: Macht zeigt sich ignorant gegen die Logik der Argumente. Trotz Intervention von Studierenden, die es immerhin erreichten, dass das Verfahren überhaupt noch mal ernsthaft geprüft wurde, spielten letztlich Kriterien bei der Entscheidungsfindung eine entscheidende Rolle, die man nur noch staunend zur Kenntnis nehmen kann. Da sind zunächst die Gutachten und die so genannten »Gutachten«. Im Laufe des Verfahrens waren schon eine ganze Reihe vergleichender Gutachten erstellt worden, so für die erste Liste vier auswärtige Gutachten. Da einer dieser Gutachter sich inzwischen selbst auf eine Stelle am FB 03 beworben hatte, kamen diese für die Erstellung der zweiten Liste nicht mehr in Frage. Um eine möglichst große Unparteilichkeit zu gewährleisten, wurden dann für die zweite Liste gleich zwei ausländische Gutachter beauftragt, die sich beide völlig eindeutig für den Kandidaten Demirovic auf Platz 1 aussprachen. Nicht zuletzt sein unvergleichlich klareres Profil im Hinblick auf die Ausschreibungskriterien, seine breite internationale Reputation und auch seine Erfahrungen mit empirischer Sozialforschung (die er als einziger vorzuweisen hatte) sprachen für ihn.



Doch neben diesen wirklichen Gutachten gab es ja noch die »so genannten«, die ja eigentlich gar nicht Bestandteil des Verfahrens waren und trotzdem in Wiesbaden vorlagen. Doch es kam noch besser. Um seine Entscheidung zu fundieren, zog der Ministerialbeamte letztlich eine Rezension der Habilschrift von Alex Demirovic aus einer Fachzeitschrift heran, wobei er offensichtlich noch nicht einmal in der Lage war, diese Rezension richtig zu deuten. So übersah er völlig, dass allein schon die Länge dieser Rezension ein Indiz für die Bedeutung dieses Buches war (die durch eine Vielzahl von anderen Rezensionen bestätigt wurde), auch wenn inhaltlich daran Kritik geübt wurde – man suche einmal eine umfassende Rezension ohne Kritik!? Worauf es ihm aber offenkundig nicht mehr ankam, dass war das fundierte Urteil der vergleichenden Gutachten wie des Kommissionsberichts. Letztlich handelt es sich um eine ideologisch motivierte Willkürentscheidung. Egal, welche fachlichen Kriterien auch zu berücksichtigen wären, ging es nur noch um die Verhinderung einer Person mit einer klaren Ausrichtung auf die kritische Theorie. Eine besondere Pointe dabei ist, dass immer wieder eine Passage aus einem Gutachten zitiert (und dabei aus dem Zusammenhang gerissen) wurde, die Alex Demirovic als Vertreter einer orthodoxen Variante der »Frankfurter Schule« hinstellte. Dabei wurde ignoriert, dass ausgerechnet dieser Gutachter ihm vorwarf, gerade nicht orthodox in dieser Tradition zu stehen, sondern sie aus einer anderen theoretischen Sicht zu betrachten und dabei (nach Ansicht des Gutachters) zu verfehlen.

Nun muss man in Rechnung stellen, dass die Arbeit von BRK immer kompliziert und unberechenbar ist und diese Kommissionen nicht gerade einen Idealtypus an Verfahrensrationalität repräsentieren, da sie oft von einer unberechenbaren Gruppendynamik geprägt wird. Immerhin stellt sie überhaupt den Typ eines geregelten Ver-

fahrens mit klaren Abläufen und Kompetenzen dar, bei der sowohl die Fachkompetenz als auch formale Chancen auf Gleichbehandlung und Transparenz im Prinzip, d.h., wenn sie nicht unterlaufen werden, berücksichtigt werden. Deswegen sind für die auch nur die vergleichenden Gutachten rechtlich verwertbar, die im Laufe dieses Verfahrens nach strengen Regeln eingeholt worden sind, und nicht irgendwelche anderen »so genannten«. Angesichts sonstiger Erfahrungen aus BRK, die oft mit lebenslangen Feindschaften enden, war es schon erstaunlich, dass die Konflikte in diesem Fall gerade nicht innerhalb der Kommission, von Einzelfällen abgesehen noch nicht mal im FB, sondern auf den darüber liegenden Ebenen aufbrachen. Gerade dieses Verfahren hat denn auch die Grenzen von Gremienarbeit deutlich gemacht. Denn genau dieses halbwegs rationale Verfahren, wird durch zwei Verwaltungsbeamte konterkariert, durch einen Universitätspräsidenten und einen Ministerialbeamten, die keinerlei inhaltliche Kompetenz besitzen (wie auch als Fachfremde), sondern lediglich kontrollieren sollen, ob alles formal mit rechten Dingen zugegangen ist – und die diese Prüfung als Ermächtigung zur eigenen Willkürentscheidung missbrauchen.

Wenn die Arbeit dieser Kommission, die eine Unmenge an Zeit und Energie verschlungen hat, die letztlich von einem ideologisch motivierten Präsidenten und einem inkompetenten Ministerialbeamten vom Tisch gefegt wurde, dann ist daran besonders interessant, dass es letztlich doch ein hierarchisch, staatlich verankertes Entscheidungsverfahren war, dass hier den Ausschlag gegeben hat (was nebenbei bei Kolleginnen aus dem angelsächsischen Raum, die sich seit Jahren um eine marktförmige Profilbildung ihrer Departments bemühen müssen, nur verständnisloses Kopfschütteln auslöst). Daran kann man dann noch einiges über den Zustand und die Entwicklungstendenz der deutschen Universitäten lernen.

Die Addition der Nachteile – das Zusammenspiel von Markt / Profilbildung und Staat / Bürokratie

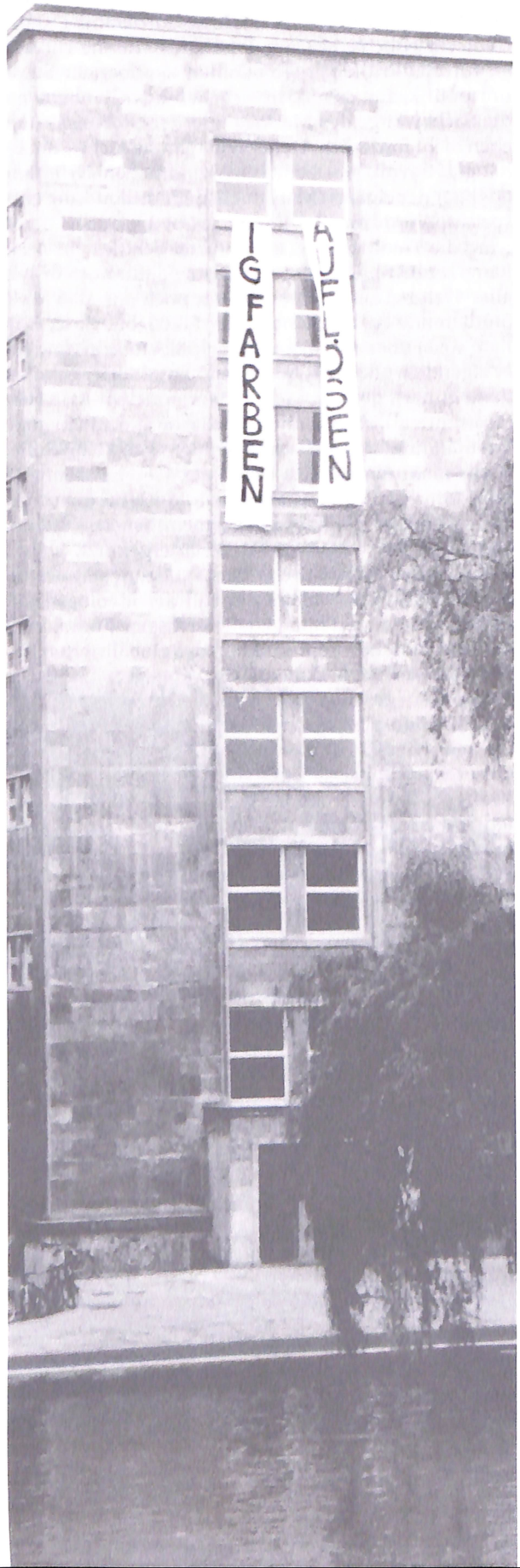
Als postfordistischen Dienstleistungsunternehmen sucht die Universität Frankfurt a. M. ihre *Corporate Identity* aufzufrischen. Ein neues corporate design soll her – Stichwort: »Goethe aus dem Kasten befreien«, trivialer gesagt: einen neuen Briefkopf entwerfen – und ein neues Logo wird kreiert: »Hier wird Wissen Wirklichkeit«. In der Tat! Um einen Buchtitel eines ehemaligen Kollegen (L. Hack) zu zitieren: »Die Wirklichkeit, die Wissen schafft«. Hier schafft sich der neoliberal gewendete Postfordismus seine ihm eigene Form von Wissenschaft. Diesen Prozess kann man an diesem Verfahren etwas genauer kennen lernen. Da ist zunächst der normale Aberwitz der Verhältnisse. Ausgerechnet der Präsident, der im *Uni-Intern* 2 / 04 einen Aufruf startet, ein »Bild der Geschlossenheit« nach Außen hin zu präsentieren, inszeniert gegen einen Bewerber für eine Stelle, gegen einen FB der eigenen Universität und letztlich gegen eine wissenschaftliche Denkrichtung, die im In- und Ausland mit dieser Universität zu aller erst assoziiert wird, eine regelrechte Mobbingkampagne. Doch dieser Irrwitz hat durchaus System. Entgegen allen Verlautbarungen, es käme auf Profilbildung im Wettbewerb der Hochschulen an, also um eine bessere Marktposition in der Konkurrenz, dominiert in diesem Fall letztlich doch ein staatlich-hierarchischer Entscheidungsprozess und ideologisch motiviertes Kriterium, dominierte, streng in der deutschen Tradition, die staatliche Bürokratie. Dahinter steckt jedoch eine klare Botschaft. Kritische Theorie ist für das kritiklose Hinnehmen neoliberaler Standortpolitik, für das Verinnerlichen des Glaubens an die Sachzwänge des Marktes und der Globalisierung eben nicht förderlich. Daher will man sie nicht – unabhängig davon, ob sie wissenschaftlichen Kriterien oder gar der eigenen Marktlogik der Profilbildung entspricht. Würde man an die eigene Logik glauben, dann wäre die Tradition der »Frankfurter Schule« ein Aushängeschild für eine Universität, die dafür doch in fast aller Welt bekannt ist und immer noch aus aller Welt Studierende anzieht. Zumal der FB 03, bei allem was man sonst über ihn sagen und schreiben kann (und ob er eigentlich noch was mit dieser »Frankfurter Schule« gemein hat), gerade nach konventionellen Kriterien (Drittmittel, Publikationen, Auslastung etc.) ein starkes Standing hat.Doch das spielt letztlich keine Rolle. Noch nicht einmal das »Bild der Geschlossenheit« wird formal aufrechterhalten, wird doch bei jeder sich bietenden Gelegenheit der vermeintlich verstaubte, von »Alt-68ern« geprägte FB 03 runtergeputzt. (...)
Auch das postfordistische Dienstleistungsunternehmen »Hochschule« bleibt ein Teil der ideologischen Staatsapparate und muss zuallererst seine Funktion in der ideologischen Reproduktion des globalisierten Kapitalismus erfüllen. Daher ist die Verve gegen kritische Theorie so gesehen durchaus verständlich, wurde doch die Funktion dieser Institution in diesem Verfahren mal wieder zur Kenntlichkeit gebracht. Als Teil dieser Staatsapparate ist es von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen geprägt, die sich (nach den Worten von Nicos Poulantzas) in ihm »verdichten«. Dies impliziert, dass die Neuausrichtung der Universitäten von den hegemonialen Denkmustern neoliberaler Provenienz entscheidend geprägt ist. Wenn dabei Verwertungsgesichtspunkten dominieren, dann auch deshalb, weil sich anders als zu früheren Zeiten kaum Gegenkräfte artikulieren, die dieser Ausrichtung etwas anderes entgegensetzen können. Daher wird es immer schwieriger, wenigsten noch Nischen kritischen Denkens offen zu halten oder gar alternative Entwürfe universitärer Praxis zu formulieren. Vielleicht wäre es in Zukunft deshalb immer wichtiger, sich an die Kritikstrategie der »Frankfurter« wieder zu erinnern und in aller Schärfe die negative Tendenz auszusprechen, die sich im Umbau der Hochschulen artikuliert – nicht um damit angesichts dieser Tendenz zu resignieren, sondern um gerade durch die Schärfe der Kritik die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung zu betonen. (...)

Christoph Görg

#1# Von der Redaktion gekürzter Beitrag zur Veranstaltung: Kritische Theorie in Abwicklung. Ist die Hochschule (noch) Ort linker Theoriebildung?

This is not a nice place

Gegen Hegemonie im IG-Farben Haus



Seit dem Sommersemester 2001 ist der Großteil der Geistes- und Kulturwissenschaften im IG Farben Haus untergebracht. In den Monaten des Um- und Einzugs wurde an diesem Gebäude noch herumgemäkelt: Dass es Seminarräume ohne Fenster gibt, Lagerräume in Seminarräume umgewandelt werden, weil es bereits von Anfang an eine Überbelegung gibt, dass Institute massenweise Bücher aussortieren mussten, weil die Räume der neuen Bibliotheken nicht stabil genug aber denkmalgeschützt sind und nicht umgebaut werden dürfen. Das war eine eher langweilige Kritik. Aus linker Sicht gibt es viel interessantere und wichtigere Kritik an dem IG Farben Haus und der Politik, die dort gemacht wird.

Hier hatte der IG Farben Konzern, deren Tochterfirma u.a. das Gas herstellte, mit denen in den Konzentrationslagern Millionen von Menschen vergast wurden, seinen Hauptsitz. Im Vorfeld des Umzugs gab es noch Debatten darüber, wie damit umzugehen sei. Seit der offiziellen Eröffnung im Oktober 2001 ist Schluss damit: Eine Ausstellung ist installiert und der Gedenkstein eingelassen (beides wurde gegen den Willen der Uni-Leitung durchgesetzt). Den Opfern der IG Farben hat man nun genug gedacht und endlich kann man sich dem schnellen und zukunftsfähigen Studium widmen, mit dem guten Gewissen einer bewältigten Vergangenheit. Konsequent also, dass die Uni-Leitung den Sprachgebrauch von »IG Farben Haus« in »Campus Westend« durchsetzt, sich an diverse Versprechen gegenüber den überlebenden ZwangsarbeiterInnen der IG Farben nicht erinnert und mit enormer Geschwindigkeit in die neoliberale Zukunft rennt. Es ist eben nicht nur die Adresse, die sich mit dem Umzug von traditionell eher linken Fachbereiche geändert hat. Im IG Farben Haus ist die Zukunft der Uni immer ein bisschen eher da, weil man sich hier mehr Mühe gibt.

Volle Kraft voraus

Uni-Präsident Steinberg redet stolz vom neuen Campus: »Wir bauen die modernste Universität Europas«

und »Die europäische Metropole Frankfurt / Rhein-Main braucht eine erstklassige Universität«. Wenig überraschend ist die Tendenz, die Uni zum Standortfaktor zu machen, an dem nach marktwirtschaftlichen Kriterien studiert werden soll: Output-orientiert, effizient, schnell; im »erstklassig« klingt auch etwas Elitäres mit. Das ist nichts Außergewöhnliches, jedoch gelingt es im IG Farben Haus besser als in Bockenheim, die Uni auf eine Reproduktionsanstalt angeblich nützlichen Wissens zu beschränken. Errungenschaften (nicht nur) der 68er, die im alten Gebäude nach und nach abgebaut werden, wurden gar nicht erst eingerichtet. Außer Uni gibt es auf dem Campus und in der Nähe nichts, außer Studieren ist hier nichts möglich.

Hier kommt die Architektur der Politik entgegen: Bei der Restauration des IG Farben-Hauses wurde Wert darauf gelegt, den Original-Zustand wieder herzustellen und bauliche Veränderungen, die die Verwaltung des amerikanischen Militärs vorgenommen hatte – etwa mehr Farbe und Zwischendecks – wurden rückgängig gemacht. Verlässt man den Seminarraum, wird man direkt auf dem Gang ausgespuckt, der keine Aufenthaltsmöglichkeit bietet um z.B. bei einer Zigarette in Ruhe über das Seminar zu diskutieren. Ständig wollen Leute vorbei und hinsetzen kann man sich auch nicht, weil aus Brandschutzgründen Sitzmöbel nicht erlaubt sind (außerdem besteht ein generelles Rauchverbot). Dazu muss man schon in die Rotunde gehen, die besonders im Winter und bei Regen laut und voll ist und schon hat man die nachhängenden Gedanken aus dem Sinn und die KommilitonInnen aus den Augen verloren. In zehn Minuten fängt auch schon das nächste Seminar an.

Raummarketing von CampuSERVICE

Im Grunde ist nichts dagegen zu sagen, wenn eine zentrale Koordinationsstelle für alle Veranstaltungen an der Uni, welche die Hörsaalverwaltung entlastet, eingerichtet wird. Doch die 2001 gegründete CampuSERVICE GmbH ist als privater Dienstleister nur dem Unipräsidenten unterstellt und somit nicht rechenschaftspflichtig gegenüber Studierenden oder Fachbereichen. Zudem ist CampuSERVICE vor allem dazu da, externe OrganisatorInnen zu betreuen, die in der Regel repräsentative und kommerzielle Großevents veranstalten und Geld in die Kasse der Uni (und von CampuSERVICE) bringen sollen. Diese Ausrichtung führt beizeiten dazu, dass Institute für Konferenzen keine Räume mehr im IG Farben Haus bekommen, weil sie an einen Career-Monitoring-Challenge-Kick-Off oder an die Deutsche Bank vermietet sind.

Dies hat zur Folge, dass kleinere, uni-interne und vor allem nichtkommerzielle außeruniversitäre oder studentische Aktivitäten wie Fachschaftspartys unter die Räder kommen. Veranstaltungsräume länger als bis 22 Uhr zu beantragen ist ein großer bürokratischer Akt und manchmal bekommt man die Räume auch nicht, wenn sie frei sind. Selbst kulturelle Projekte von Studierenden der Uni Frankfurt wie redpark müssen Miete für Räume bezahlen. Nach 20 Uhr kann nur das Gelände betreten, wer von den PförtnerInnen des Sicherheitsdienstes auf das umzäunte Gebiet gelassen wird. FachschaftsvertreterInnen werden dazu genötigt, für Partys einen Vertrag zu unterschreiben und persönlich zu haften. Dieser Vertrag umfasst unter anderem, Gäste ggf. nach Drogen zu überprüfen und Sicherheits-, Ordnungs- und Sanitätspersonal zu stellen. Musik ist nur in Zimmerlautstärke bis 22 Uhr erlaubt. Dieser Campus ist eben zum Studieren und Repräsentieren, nicht aber zum Diskutieren, Reflektieren, Abhängen und Feiern da. Auf dem alten Campus Bockenheim, wo die Geisteswissenschaften in separaten Häusern untergebracht waren, genügte eine mündliche Absprache mit dem Hausmeister, und schon durften die Plattenteller abdrehen ...

Grüße vom »monumentalen Tummelplatz der geistigen Reflexionen« (Steinberg)

Neben den im (alten) Hochschulrahmengesetz vorgeschriebenen Fachschaftsräumen gibt es keinen festen Raum für studentische Projekte oder Veranstaltungen. Das Flugblatt-Verteilen in der Mensa ist untersagt bzw. nur mit Genehmigung erlaubt – was nicht heißt, dass man sich daran halten würde – es verhindert aber, dass Politik in den Unialltag selbstverständlich dazugehört. Aufkleber und Sprüche an der Klotür werden binnen zwei Stunden entfernt und Auslagen von Fensterbänken täglich weggeworfen. Das durchgesetzte Plakatierverbot bedeutet das Verdrängen von außeruniversitärem Leben, Politik und Gesellschaft aus dem Blick der Forschung.

Aushänge gibt es trotzdem: an den dafür vorgesehenen Plätzen werden die kommerziellen Konferenzen beworben. Info-Stände gibt es auch: Allerdings nicht zur Solidaritätsarbeit in Nicaragua. Auf dem Weg in die Mensa kommt man an irgendwelchen Promotion-Ständen vorbei, die einem Abos, Verträge, Versicherungen und Karrieremanager verkaufen. Vom eingezäunten und bewachten Gelände wird das nicht-effiziente Außen der Uni ausgeschlossen; die Uni soll nicht Teil des Stadtteils und für vorbeiziehende Menschen oder AnwohnerInnen begehbar werden. Wer es auf das Gelände schafft, gehört zur (Bildungs-)Elite. Willkommen in der exklusiven Universitätscommunity. Lediglich die Anwesenheit des stets unfreundlichen, vermutlich untertariflich bezahlten privaten Sicherheitsdienstes zeugt davon, dass dieses Unikonzept von Elite und Ausschluss mit Gewalt durchgesetzt werden muss.

Hoffnungen darauf, dass die Linken an der Uni besser zusammenkommen, weil sie nicht einzeln und verstreut in abgelegenen Institutsgebäuden vor sich hinsauern sind nicht aufgegangen. Nicht, dass es keine kritischen Veranstaltungen gibt: Einige linke DozentInnen nahmen den Umzug ins IG Farben Gebäude zum Anlass, antifaschistische Seminare anzubieten und natürlich sind nicht alle kritischen Menschen beim Umzug verloren gegangen – obwohl: wahrscheinlich sind es gerade sie, die sich wegen der Herrschafts-Architektur des Gebäudes und seiner Geschichte hier nicht wohl fühlen und auch keinen Frieden mit ihm schließen wollen - man bekommt jedoch schwieriger von ihnen mit.

Erst im Streik im Wintersemester 2003 / 04 wurde durch die anerkannte Proteststimmung das Streikcafé im Foyer des IG Farben Hauses geduldet; zum ersten Mal gab es einen für längere Zeit sichtbaren Anlaufpunkt oder überhaupt einen wahrnehmbaren Ort, an dem man bei billigem Kaffee ungezwungen abhängen, einhalten und über Aktionen plaudern konnte.

Raummarketing II

Der neuste Clou ist, dass Fachbereiche ihre Räume von der Uni anmieten und wenn sie »zuviel Platz« haben, diesen selbst bezahlen oder untervermieten müssen. Fachbereiche werden also als KundInnen der Uni entworfen und nicht etwa als Teil von ihr. Der Standort Uni gibt das Logo, mit denen die Fachbereiche in produktiver Konkurrenz untereinander am Wissensstandort teilhaben. Schließlich könnten die Institute ja Drittmittel eintreiben, um ihre Miete zu bezahlen. So werden DozentInnen zu ManagerInnen ihrer Forschungsgebiete.

Da die Räume aber aufgrund des Denkmalschutzes in ihrer Größe nicht änderbar sind, führt es entweder dazu, dass MitarbeiterInnen der Institute in kleinen Räumen des Gebäudes zerstreut sein werden oder sie zusammenrücken müssen und sich so beim Arbeiten behindern. Bei dem geforderten Quadratmeterpreis würde es für eine Professorin, ihre HiWi und ihre Assistentin billiger sein, in ein nahegelegenes Bürogebäude umzuziehen und Sprechstunden in der Cafeteria abzuhalten. Dort könnte man im Übrigen auch nach 22.00 und sonntags problemlos Zugang zu den Räumen erhalten, ohne sich beim Pförtner dafür zu rechtfertigen, warum man das schmucke Gelände nun betreten wolle.

Die Preisfrage lautet: Was passiert mit den so freigewordenen Räumen? a) Er wird studentischen Initiativen zugänglich gemacht b) Gar nichts, weil die Fachbereich und Institute sich gegen diese Praxis geschlossen wehren werden c) Es soll für repräsentative Institute Platz gemacht werden d) Niemand Gedanken zu gemacht, der Beschluss führt zu Leerstand in einem überbelegten Gebäude.

Umzug der Uni auf das »Westend-Areal«

Das »Westend-Areal«, auf dem sich bislang nur das »Poelzig Ensemble« (IG Farben Haus und Mensa) befinden, soll langfristig alle Fachbereiche außer Medizin und Naturwissenschaften beheimaten. So richtig weiß noch niemand, wie der Neubau der Institutsgebäude finanziert werden soll, aber Pläne für den Umzug gibt es schon: Zuerst sollen die repräsentativen Fachbereiche auf den repräsentativen Campus (Wirtschaftswissenschaften, Jura und ein neugegründetes und zum Teil gesponsertes House of Finance). Verlieren werden die Turmfachbereiche: Sie sollen aus dem brandgefährdeten Turm in das Juridicum umziehen, um dann ein paar Jahre später nochmals umzuziehen. Lehren und Forschen für die Zeit des Umzugs und des provisorischen Zwischenstopps im Juridicum wird sehr erschwert, wenn nicht verunmöglicht.

Gegen Hegemonie, für Gegenhegemonie

Im Namen von »den Studierenden« etwas zu kritisieren funktioniert weniger denn je. Die durchschnittlichen StudentInnen finden nämlich einfach alles toll: Das Besteck in der Mensa sei nun sauber, die Paternoster lustig, die Architektur insgesamt beeidruckend und die Wiese schön; es sei ja auch nett, dass nicht alles so heruntergekommen ist und keine Obdachlosen und Junkies beim Studieren die heile Welt durchkreuzen. Kleinkriegen zwischen Ortsansässigen, die ihre Präsenzbibliothek nutzen, und BWLerInnen und Jura-Studierenden um die wenigen freien Arbeitsplätze fehlt ebenfalls die emanzipatorische Komponente.

Ja, die andere Seite hat gewonnen, das muss man einmal sagen. Aber das heißt nicht, dass man ihnen den Sieg schenkt oder nicht streitig macht. Kritik an der Haus- und Unipolitik ist viel subtiler geworden; dass überhaupt Aushandlungsprozesse stattfinden und einzelne Leute versuchen, gegen diese Hegemonie anzutreten, ist kaum wahrnehmbar.

Der Kampf auf verlorenem Posten kann nicht heißen, zu allen Gremiensitzungen zu gehen und minimale Veränderungen zu bewirken, die man sich als große Errungenschaften einredet. Aber man wird auch nicht gänzlich drumherum kommen, sich auf die unsäglichen Gegebenheiten zu beziehen und sich damit erst einmal darauf einzulassen: Linke Politik geht heute zum Grossteil davon aus, dass sie Nischen aus vorigen Zeiten nutzt, verteidigt und von ihnen aus agiert. Eine Tradition linker Politik gibt es im neuen Gebäude nicht. Den Status quo verteidigen hieße gar nichts zu verteidigen. Alles muss sich neu erkämpft werden, in einem Rahmen, in dem Aushandlungsprozesse eigentlich schon gelaufen sind.

Sarah Dellmann

»Hier wird Wissen Wirklichkeit« Kuck mal, wer da spricht

Ein ganz, ganz echte Wirklichkeit

Die Universität Frankfurt hat ein neues Briefpapier bekommen!

Besonders schön: In der letzten Zeile ein frischer Slogan: »Hier wird Wissen Wirklichkeit«. Den MitarbeiterInnen der Universität sollte dieser alliterale Erguss jedoch kein seltsames oder auch belustigendes Rätsel bleiben, wurde ihnen doch sogleich in der nächsten *Uni-Intern* die Auflösung dieser kniffeligen Frage stolz in einem präsidialen Aufruf präsentiert: Alle Universitätsmitglieder sollen angesichts der vielen Angriffe von außen (dem bösen Außen, das sie nie richtig verstehen will) durch die Verwendung des exquisiten, neuen, uniformierten Briefpapiers Geschlossenheit demonstrieren. Die Universität insgesamt betreffend fällt Selbsthilfegruppe erfahrenen LeserInnen die Diagnose schon lange denkbar leicht: Ein neurotischer Knast mit vielen Windmühlen. Doch was magmit diesem Gebot darüber hinaus gemeint sein?

Die / der professionelle FragerIn (WissenschaftlerIn) setzt sich also erst mal brav und ungefährlich an einen Computer und schaut, ob die Internetpräsentation der ehrwürdigen Universität der quälenden Ungewissheit ein Ende bereiten kann. Auf der Startseite ... nichts ... und auch nach einer halben Stunde intensiven Forschens immer noch nichts außer einem gesperrten Link zum Briefpapierdownload, der allerdings offenbar nur für Auserwählte zur Verfügung steht.

Bleibt angesichts der gähnenden Informations-Leere die leninsche Frage: Was tun? Bleibt nur, selbst zu denken, was die Universitätsleitung gemeint haben könnte. Warum, warum nur macht sich die Frankfurter Universität einen so aberwitzigen Leitspruch zur Maxime und schreibt ihn dazu noch auf ihr Briefpapier? Hier wird Wissen Wirklichkeit: Möglich wären viele Antworten ...

Variation Graswurzel

Die Universitätsleitung will zeigen, dass mann! verstanden hat (jawohl!), dass es sich beim Wirklichkeit Werden immer schon um einen durch und durch naturwüchsigen Prozess handelt, der ohne irgendjemandes zutun geschieht. Durch Frankfurter ProfessorInnen, MitarbeiterInnen und Studierende **w**abert **W**issen zur **W**irklichkeit (WWW?). Das Wissen will einfach ganz von selbst Wirklichkeit werden; der Wirklichkeit Wille bricht sich in freier Wildbahn seinen Weg durchs Gestrüpp und erblüht in vollem Glanz. Ist doch ganz natürlich ... Weltgeist goes university.

(Oder vielleicht nicht ganze ohne jedes Zutun: Ohne Gießen, Düngen und Schädlingsbekämpfungsmittel kein fetter Kohl und keine prächtige Sonnenblume ... Puh.)

Variation Zielvereinbarung

Wissen soll Wirklichkeit werden. Ein wirklich frommer Wunsch der ehrwürdigen Universitätsleitung. Das Ganze, da sie anscheinend wissen (woher wohl? Siehe auch Variation Graswurzel), dass dem zur Zeit nicht so ist. Es kann sich hierbei allerdings selbstredend nur um ein temporäres Problem handeln, welches natürlich bald anhand von geschickt ar-rangierten Zielvereinbarungen, imponierendem Wissenschaftssommer, ultrawichtigem 90. Geburtstag und den Wunderheilern Mc Kinsey behoben sein wird. Wichtig ist vor allem, dass wir die Chancen sehen, wahrnehmen und dann in jedem Fall zusammenstehen. Komme, was da wolle. Opferung in Form von ehrenvoller Selbstaufgabe – gern auch ganzer Fachbereiche – ausdrücklich erwünscht! Wissen soll Wirklichkeit werden. Und wenn nicht heute, dann auf jeden Fall übermorgen! Wa(h)re und ehrgeizige Ziele vor Augen haben – das bedeutet die Welt, das bedeutet Zukunft! Und ohne Ehrgeiz keine Vision, nur so klappt die »Reform mit System«. (Nur kleine gallische Dörfer leisten noch erbitterten Widerstand.)

Variation Häusle baue

Am wirklichsten sind immer noch Steine. Deswegen weg mit den verrotteten Bauten in Bockenheim und alles ganz neu und in Hochglanzformat! Wenn Karl-Heinz (Finanzminister und Saunafreund) Paläste bauen will (House of Finance auf dem Campus Westend – hat da etwa jemand IG Farben gesagt?!), dann doch bitte unsere Wissenspaläste. Darin und vor allem damit kann Wissen dann höchst effizient(e) Wirklichkeit werden. Schaffe, schaffe, Häusle baue. Wenn alles schief geht mit dem Wettbewerb, dann haben wir wenigstens die und Karl-Heinz kann, wenn er denn doch mal pensioniert ist und so alt wie sein Denken wird, über den neuen Hochglanz-Campus schlendern und sein Lebenswerk bewundern (so Universitätspräsident Steinberg im CoAE (*Center of Accelerating Excellence*)).

Und übrigens: Alle die, die einige Quadratmeter Büroraum auf dem graziösen neuen Campus in Anspruch nehmen wollen: Kämpft! Kämpft um die besten Plätze, die schönsten Fenster und die Nähe zur Teeküche! (Siehe auch: Variation Wettbewerb)

Variation Wettbewerb

Nur die Harten kommen in den Garten und das hat schon Darwin gesagt! (Auch Juraprofessoren waren schon im Zoo). »Stärken stärken – anderes anderen überlassen« (Universitätspräsident Steinberg), so werden wir so stark wie unser großer Bruder Harvard.

Was deutsche Universitäten brauchen, gibt uns das Gesetz des Marktes vor (auch wenn der in Wiesbaden liegt oder ohrenbetäubend aus dem Beirat von Wirtschaft und Politik flüstert (nennt sich dann auch Hochschulrat)). Damit alles besser wird, konkurrieren wir jetzt auch auf allen Ebenen gleichzeitig (wir sind so unerreicht multilateral, dass wir manchmal selbst in Andacht zu uns aufblicken, ach nein, an uns herunterschauen!): Intern die Fachbereiche

um die Mittel, extern ... ja, das wissen wir eigentlich auch gar nicht so genau, wir verkaufen bisher zumindest schon mal Tassen und Goetheköpfe (aber die sind echt abgründig schick). Ach ja, und die neue Campuservice GmbH vermietet unsere Räume, Hauptsache es kommt endlich mal Kohle rein. Und dann müssen sich die schläfrigen Geistes- oder SozialwissenschaftlerInnen mit ihren ewig nervenden Veranstaltungen ausnahmsweise eben mal anstrengen und sich mit externen Veranstaltern messen – die Konkurrenz schläft nicht! Und gewisse Fachbereiche haben wir schließlich lange genug verwöhnt, ohne dass was Gescheites dabei rausgekommen wäre. Deshalb wird jetzt alles leistungsorientiert (das ist unser neues Lieblingswort und heißt so was ähnliches wie Wettbewerb): so bekommen die Fachbereiche eine Prämie für jedeN StudierendeN, die / der in der Regelstudienzeit fertig wird. Nicht blöd, haben wir doch gewissenhaft aufgepasst, dass das auch die richtigen Fachbereiche sind (wer denkt hier an Böses); denn baulich lässt sich einiges dafür tun (in (Turm-)Ruinen studiert's sich halt nicht so fix...). Zusätzlich haben wir uns (das Präsidium, wer sonst) Mittel zur Innovationsförderung bereitgestellt, die wir immer schön denen geben, die endlich gelernt haben, genau nach unseren Vorstellungen zu handeln – und da werfe uns noch jemand Schwerfälligkeit vor! Das ist Innovation!

International ist der Wettbewerb auch enorm wichtig! Wir müssen verdammt noch mal einfach besser aussehen als all die anderen Universitäten (dafür haben wir eine neue Internetpräsenz und ein neues, geiles Logo, das uns alles viel Geld gekostet hat (über 100000 Euro; siehe unseren Rechenschaftsbericht) – aber eins ist klar: Es hat sich gelohnt!). Und unter uns gesagt: Wer will denn schon in der Provinzstadt Marburg studieren – die Stärken für uns, den Anderen den Rest. Die wirklich exzellentesten WissenschaftlerInnen, die begreifen, dass sie bei uns viel Geld, Prestige und geradezu väterliche Förderung bekommen und sich gleichzeitig darüber klar sind, wo die Grenzen zwischen Erlaubtem und Unschönem verlaufen, kommen dann ganz von selbst zu uns. Und diese Nervensägen, die meinen, sich ständig in Dinge einmischen zu müssen, die sie nun gar nichts angehen, können wir hier nicht gebrauchen. Alle sollen einfach nur und genau in dem Bereich, für den wir sie beriefen, Exzellenz beweisen. So einfach ist das.

Nur so kann Wissen wirklich Wirklichkeit werden! Und was nicht wirklichkeitstauglich ist, wird eben radikal wegkonkurriert, so ist das Leben eben ...

Variation Heimat

Frankfurt ist die Heimat der Banken *an sich*! Wir müssen die Universität nur erwecken, damit es alle begreifen und die Universität mit der Stadt auch die Heimat der Banken *für sich* wird. Die Europäische Zentralbank ist doch ein so schöner Wettbewerbsfaktor, den müssen wir nutzen (schade eigentlich, dass die D-Mark abgeschafft wurde). Die stiftet schön mit der Deutschen Bank, auch Professuren. Eigentlich haben wir den Wettbewerb damit schon lange gewonnen. Wir müssen nur das Netzwerk der Alt-Studierenden (Alumni, was auch immer diese Abkürzung heißt) fördern, dann vergessen die bestimmt den knallharten Wettbewerb in ihren Unternehmen und helfen uns indem sie uns was von ihrem Gewinn abgeben, ganz bestimmt! Wenn es uns gelingt, den Universitätskörper gegen verschusselte TheoretikerInnen und ihre verweichlichenden Theoriespielchen zu immunisieren, bekommt auch niemand hier mehr komische Ideen und verpestet unsere fröhliche hessische Atmosphäre mit theoristischem Gedankengut.

Das sich ein Verband der Heimatvertriebenen der Frankfurter Schule gegründet hat, da können wir doch auch nichts für. Endlich muss doch mal die Vergangenheit vergangen sein, und wir Enkel können doch nicht für alles haftbar gemacht werden! Wir haben dem Adorno schließlich auch ein so schönes Zentrum für Vertreibung hinter Glas gebaut (auf dem Ador-

noplatz, sieht doch jedeR). Puh, was ein Glück, dass da kein Haus von uns dransteht. Wir sind die Guten, verdammt!

Variation Dienstleistung

Und kommen wir schließlich zu der wichtigen Funktion, die die Universität in unserer Gesellschaft inne hat: Die Universität soll einen Zweck erfüllen. Die deutschen Untenehmen brauchen leistungsfähige Arbeitskräfte – der Wirtschaftsstandort Deutschland liegt uns allen doch sehr am Herzen – und unser bescheidener Auftrag in dem Ganzen ist es, diese flexiblen und innovativen Arbeitskräfte heranzuziehen. Diesen Dienst an der Gesellschaft zu leisten, ist unser ausdrücklich erklärtes Ziel. Eine ganz besondere Rolle dabei spielen natürlich wie stets die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Was die schaffen, ist einfach beeindruckend und viel wirklicher als sämtliche geisteswissenschaftlichen Spitzfindigkeiten, die sowieso außerhalb der Uni keiner Sau etwas nützen und infolgedessen auch niemanden interessieren dürften. Bei den Naturwissenschaften sieht die Sache zum Teil anders aus: Physik, Chemie und Biologie produzieren eben die Wissenstechnologie, die wir alle brauchen und auf der unser aller Fortschritt beruht.

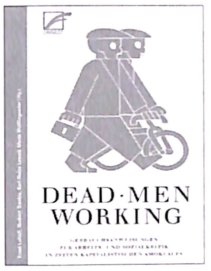
Am besten ist es doch, wenn hier bei uns das Wissen Wirklichkeit wird, was wir hier in Frankfurt und in Deutschland brauchen. Und das sind sicherlich keine arbeitslosen und griesgrämigen MiesmacherInnen und GesellschaftsnörglerInnen! Wir ziehen hier das Personal der oberen Chefetagen heran, damit da draußen im wahren Leben besser ausgebeutet – äh, pardon – Wissen angewandt werden kann. Das war ja eigentlich schon immer so, aber die Zeiten ändern sich und wir haben sogar den ehrgeizigen Anspruch, der Zeit ein klein wenig voraus zu sein.

Natürlich haben wir bei aller Liebe nicht für alles Geld, aber mal ganz ehrlich: Ist jemand schon mal von der Literatur im Saarland im 18. Jahrhundert satt geworden? Wer das nicht wahr haben will, der ist doch von gestern. Wir sind die DienstleisterInnen für die Gesellschaft, in der wir leben und in der wir unsere Kinder aufziehen, schließlich bezahlt die uns doch auch. Hier wird Wissen Wirklichkeit.

Variation Nike

Was soll die Frage, Nike wird schließlich auch nicht gefragt, was mit »Just do it« gemeint ist. Werbeagentur und Marktforschung haben bewiesen: Genau das wirkt!

Alfreda von Sinnen und Nico Hausmeister



E. Lohoff, N. Trenkle, K.-H. Lewed u. M. Wölflingseder (Hg.)
DEAD MEN WORKING
Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs
ISBN 3-89771-427-2
ca. 260 S., ca. 16 €

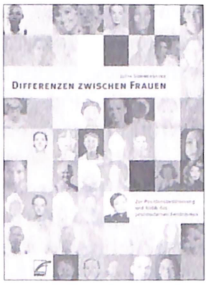
Robert Kurz
DIE ANTIDEUTSCHE IDEOLOGIE
Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten
ISBN: 3-89771-426-4,
316 S., 16 €

Gerhard Hanloser
Krise und Antisemitismus
Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute
ISBN: 3-89771-423-X
136 S., 13 €

Luz Kerkeling
La Lucha sigue!
Der Kampf geht weiter
Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands
ISBN 3-89771-017-X
304 S., 16 €

Susan Arndt und Antje Hornscheidt (Hg.)
Afrika und die deutsche Sprache
Ein kritisches Nachschlagewerk
ISBN 3-89771-424-8
266 S., 16 €

Jutta Sommerbauer
Differenzen zwischen Frauen
Zur Positionsbestimmung und Kritik des postmodernen Feminismus
ISBN 3-89771-300-4
136 S., 13 €



UNRAST Verlag
Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
www.unrast-verlag.de
UNRAST

Über das Elend im Studentenmilieu[1]

betrachtet unter seinen ökonomischen, politischen, sexuellen und besonders intellektuellen Aspekten und über einige Mittel, diesem abzuhelfen, von Mitgliedern der Situationistischen Internationale und Straßburger Studenten.

Die Schmach noch schmachvoller machen, indem man sie publiziert

(...)

Alle Analysen und Studien über das Studentenmilieu haben bisher das Wesentliche vernachlässigt. Sie gehen nie über den Standpunkt der universitären Spezialisierung hinaus (Psychologie, Soziologie, Ökonomie) und bleiben so grundsätzlich falsch. Alle begehen das, was Fourier schon eine methodische Gedankenlosigkeit nannte, »da sie sich regelmäßig auf die Kernfragen bezieht«, indem sie den totalen Standpunkt der modernen Gesellschaft ignoriert. Der Faktenfetischismus verhüllt die wesentliche Kategorie und die Details lassen die Totalität vergessen. Über diese Gesellschaft wird alles gesagt, nur nicht das was sie wirklich ist: eine Gesellschaft der Ware und des Spektakels. (...)

Die Inszenierung der Verdinglichung zum Spektakel innerhalb des modernen Kapitalismus zwingt jedem eine Rolle in der generalisierten Passivität auf. Der Student entgeht diesem Gesetz nicht. Es ist eine provisorische Rolle, die ihn auf die endgültige vorbereitet, die er als positives und bewahrendes Element im Warensystem erfüllen wird. Nichts anderes als ein Einführungsritus.

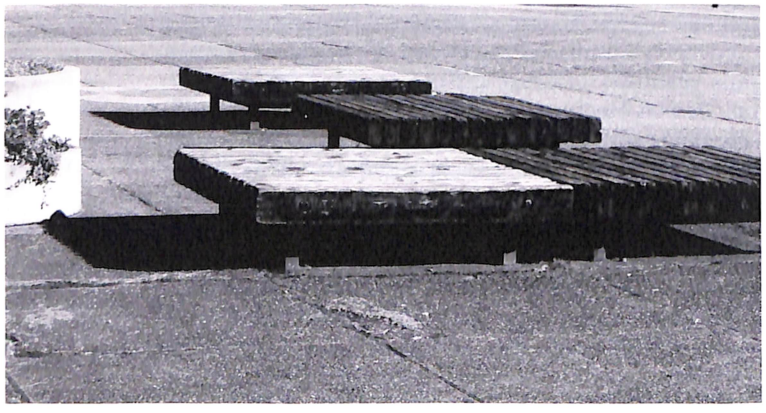
Diese Einführung hat auf magische Weise zu allen Kennzeichen der mythischen Einführung zurück gefunden. Sie bleibt völlig von der historischen, individuellen und gesellschaftlichen Wirklichkeit abgeschnitten. Der Student ist ein Wesen, das zwischen einem gegenwärtigen und einem zukünftigen Status steht, die säuberlich voneinander getrennt sind, und deren Grenze mechanisch überschritten wird. Sein schizophrenes Bewusstsein erlaubt es ihm, sich innerhalb einer »Einführungsgesellschaft« zu isolieren, seine Zukunft zu verkennen und sich am Erlebnis der mystischen Einheit zu berauschen, die ihm von einer vor der Geschichte geschützten Gegenwart angeboten wird. Der Hebel für die Umkehrung der offiziellen

Wahrheit, d.h. der ökonomischen, kann so einfach entlarvt werden: es ist hart, der studentischen Realität ins Gesicht zu sehen.

Innerhalb einer »Überflussgesellschaft« hat der Student den gegenwärtigen Status einer äußersten Armut. Obwohl mehr als 80 Prozent von ihnen aus Bevölkerungsschichten stammen, deren Einkommen das eines Arbeiters übersteigt, verfügen 90 Prozent von ihnen über weniger Mittel als der einfachste Lohnempfänger. Das studentische Elend bleibt hinter dem der Gesellschaft des Spektakels zurück, hinter dem neuen Elend des neuen Proletariats. In einer Zeit, wo ein wachsender Teil der Jugend sich immer mehr von den moralischen Vorurteilen und der familiären Autorität befreit, um so früh wie möglich in die Beziehungen einer offenen Ausbeutung einzutreten, bleibt der Student auf jeder Ebene auf einer verantwortungslosen, folgsamen und »verlängerten Unmündigkeit«. Während seine verspätete jugendliche Krise ihn etwas in Opposition zu seiner Familie bringt, so akzeptiert er ohne weiteres, in den verschiedenen Institutionen, die sein alltägliches Leben regeln, wie ein Kind behandelt zu werden.

Die Kolonisierung der verschiedenen Sektoren der gesellschaftlichen Praxis findet nur in der Studentenwelt ihren grellsten Ausdruck. Die Übertragung des gesamten schlechten Gewissens der Gesellschaft auf die Studenten verschleiert das Elend und die Knechtschaft aller.

Aber die Gründe für unsere Verachtung des Studenten sind ganz anderer Art. Sie betreffen nicht nur sein wirkliches Elend, sondern seine Gefälligkeit gegenüber jedem Elend, seine ungesunde Neigung, glückselig Entfremdung in der Hoffnung zu konsu-



mieren, angesichts allgemeiner Interessenlosigkeit das Interesse auf seinen eigenen Mangel zu lenken. Der moderne Kapitalismus bewirkt zwangsläufig, dass der größte Teil der Studenten ganz einfach zu kleinen Kadern wird (d.h. das Äquivalent für den Facharbeiter im 19. Jahrhundert). Gegenüber dem elenden, leicht vorauszuahnenden Charakter dieser mehr oder weniger nahen Zukunft, die ihn für das schmachvolle »Elend der Gegenwart« entschädigen soll, zieht der Student es vor, sich seiner Gegenwart zuzuwenden, und sie mit illusorischem Prestige auszuschmücken. Die Kompensierung selbst ist allzu kläglich; der Morgen wird kein roter Morgen sein und zwangsläufig in der Mittelmäßigkeit schwimmen. Deshalb flieht er in eine unwirklich gelebte Gegenwart.

Wie ein stoischer Sklave glaubt der Student sich umso freier, je mehr alle Ketten der Autorität ihn fesseln. Genau wie seine neue Familie, die Universität, hält er sich für das gesellschaftliche Wesen mit der größten »Autonomie«, während er doch gleichzeitig und unmittelbar von den zwei mächtigsten Systemen der sozialen Autorität abhängt: der Familie und dem Staat. Er ist ihr ordentliches und dankbares Kind. Nach derselben Logik eines untergeordneten Kindes hat er an allen Werten und Mystifikationen des Systems teil und konzentriert sie in sich. Was einst den Lohnabhängigen aufgezwungene Illusionen waren, wird heute zu einer von der Masse der zukünftigen kleinen Kader verinnerlichten und getragenen Ideologie.

Während das alte soziale Elend die grandiosesten Kompensierungssysteme der Geschichte (die Religion) erzeugt hat, so hat das studentische marginale Elend seinen Trost nur in den abgenutztesten Bildern der herrschenden Gesellschaft gefunden, in der grotesken Wiederholung all ihrer entfremdeten Produkte. (...)

Da für ihn noch einige Krümel vom Prestige der Universität abfallen, freut sich der Student immer noch, Student zu sein. Zu spät. Der mechanisierte und spezialisierte Unterricht, den er empfängt, ist ebenso heruntergekommen (im Verhältnis zum früheren Niveau bürgerlicher Allgemeinbildung) wie sein eigenes intellektuelles Niveau im Augenblick seines Studienantritts, aus der einzigen Tatsache heraus, dass das alles beherrschende ökonomische System die Massenherstellung ungebildeter und zum Denken unfähiger Studenten verlangt. Der Student ignoriert, dass die Universität zu einer – institutionalisierten – Organisation des Unwissens geworden ist, dass die »hohe Kultur« selbst sich im selben Tempo wie die Serienproduktion von Professoren auflöst, dass alle Professoren Kretins sind, von denen die meisten sich vor jedweder Gymnasialklasse blamieren würden. Er hört seine Lehrer auch weiterhin mit Respekt, mit dem bewussten Willen, jeden kritischen Geist aufzugeben, um sich besser mit den anderen in der mystischen Illusion einig zu fühlen, »Student« geworden zu sein, jemand, der sich ernsthaft damit beschäftigt, sich ein ernsthaftes Wesen in der Hoffnung anzueignen, man werde ihm auch die letzten Wahrheiten anvertrauen. Das sind die Wechseljahre des Geistes. Alles, was sich heute in den Amphitheatern der Schulen und Fakultäten abspielt, wird in der zukünftigen revolutionären Gesellschaft als gesellschaftlich schädlicher Lärm verurteilt. Schon jetzt bringt der Student alle zum Lachen.

Dem Studenten wird nicht einmal bewusst, dass die Geschichte auch seine lächerliche »abgeschlossene« Welt verändert. Die berühmte »Universitätskrise«, Detail einer allgemeineren Krise des modernen Kapitalismus, bleibt Gegenstand eines tauben Dialogs zwischen verschiedenen Spezialisten. In ihr kommen ganz einfach die Schwierigkeiten einer verspäteten Anpassung dieses besonderen Produktionssektors an die Umwandlung des gesamten Produktionsapparates zum Ausdruck. Die Überreste der alten Ideologie einer liberal-bürgerlichen Universität werden in dem Au-

genblick nichts sagend, wo ihre gesellschaftliche Basis verschwindet. Die Universität konnte sich in der Epoche des Freihandelskapitalismus und seines liberalen Staates als autonome Macht verstehen, da er ihr eine gewisse marginale Freiheit gewährte. Sie hing in Wirklichkeit eng von den Bedürfnissen dieser Art von Gesellschaft ab: der privilegierten studierenden Minderheit eine angemessene Allgemeinbildung zu vermitteln, bevor sie sich wieder in die herrschende Klasse einreiht, die sie kaum verlassen hatte. Daher das Lächerliche an diesen nostalgischen Professoren, die darüber verbittert sind, ihre alten Funktionen als Hofhunde der zukünftigen Herren für die viel weniger edle von Schäferhunden eingetauscht zu haben, die die »Weiße-Kragen«-Herren in ihre jeweiligen Fabriken und Büros treiben. Gerade sie setzen ihre Altertümlichkeit der Technokratisierung der Universität entgegen und fahren unbeirrt fort, mit den übrig gebliebenen Brocken einer sog. Allgemeinbildung künftige Spezialisten zu füttern, die damit nichts anzufangen wissen.
(...)

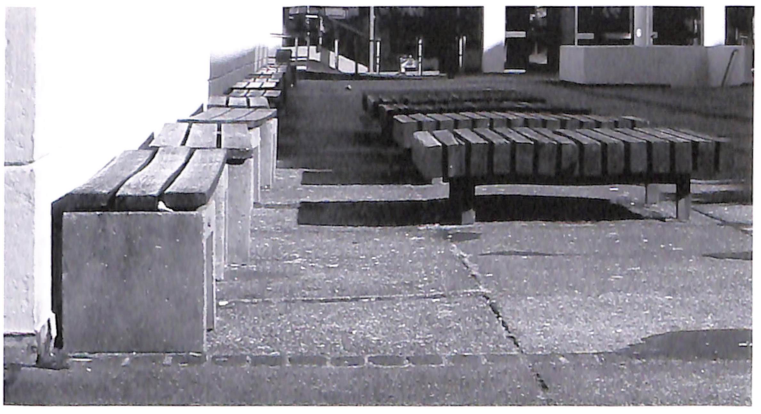
Diese ganze Debatte geht aber, wie nicht anders zu erwarten, über die Köpfe der Studenten hinweg, in den Himmel ihrer Lehrer, und entgeht ihnen völlig: die Gesamtheit ihres Lebens, und erst recht des Lebens überhaupt entgeht ihnen.

Seine äußerst ärmliche ökonomische Lage verurteilt den Studenten zu einer sehr wenig beneidenswerten Form des Überlebens. Aber immer mit sich zufrieden erhebt er sein triviales Elend zu einem originellen »Lebensstil«: kultivierte Armut und Boheme. Die »Boheme«, die bereits weit davon entfernt ist, eine originelle Lösung zu sein, wird nur nach einem endgültigen und unabänderlichen Bruch mit dem Universitätsmilieu echt gelebt werden. Ihre Anhänger unter den Studenten (und alle kokettieren damit, es ein wenig zu sein) klammern sich also lediglich an eine künstliche und heruntergekommene Version dessen, was bestenfalls nur eine mittelmäßige individuelle Lösung ist. (...)

Aber das wirkliche Elend des studentischen Alltags findet seinen unmittelbaren und fantastischen Ausgleich in seinem hauptsächlichen Opium: der kulturellen Ware. Im kulturellen Spektakel findet der Student ganz natürlich seinen Platz als respektvoller Schüler wieder. Nahe am Ort der Produktion, aber ohne ihn jemals zu betreten – das Heiligtum bleibt ihm untersagt – entdeckt der Student die »moderne Kultur« als bewundernder Zuschauer. In einer Epoche, wo die Kunst tot ist, bleibt er nahezu allein den Theatern und Filmklubs treu und der gierigste Konsument ihres Leichnams, der tiefgekühlt und zellophanumhüllt in den Supermärkten an die Hausfrauen des Überflusses verteilt wird. Er nimmt ohne Vorbehalt, ohne Hintergedanken und ohne Distanz daran teil. (...)

Der Student freut sich mehr als alle anderen, politisiert zu sein. Er ignoriert bloß, dass er hieran durch dasselbe Spektakel teilhat. So eignet er sich all die lächerlichen zerfetzten Überbleibsel einer Linken wieder an, die schon vor mehr als vierzig Jahren durch den »sozialistischen« Reformismus und die stalinistische Konterrevolution vernichtet wurde. Während die Macht das klar und die Arbeiter es auf konfuse Weise sehen, ignoriert der Student es immer noch. Mit schwachsinnigem Stolz nimmt er an den lächerlichsten Manifestationen teil, die nur ihn reizen. Bei ihm findet man das falsche politische Bewusstsein im Reinzustand und er bildet die ideale Basis für die Manipulationen der gespensterhaften Bürokraten der sterbenden Organisationen (...)

Sicherlich gibt es trotz allem unter den Studenten einige von genügendem intellektuellem Niveau. Diese meistern ohne Mühe die elenden Leistungskontrollen, die auf die Mittelmäßigen zugeschnitten sind und sie meistem sie gerade deswegen, weil sie das System durchschaut haben, es verachten und wissen, dass sie seine Feinde sind. Sie nehmen sich das Beste, was das Studiensystem zu bieten hat: die Stipendien. Indem sie die Lücken der Kontrolle ausnutzen, deren eigene Logik sie hier und heute dazu zwingt, einen kleinen rein intellektuellen Bereich der »Forschung« aufrechtzuerhalten, treiben sie ruhig die Unruhe bis auf die Spitze: ihre offene Verachtung für das System paart sich mit der Hellsichtigkeit, die es ihnen gerade ermöglicht, stärker als die Diener des Systems zu sein – und zwar zuerst auf intellektuellem Gebiet. Diejenigen, von denen wir sprechen, gehören bereits zu den Theoretikern der kommenden revolutionären Bewegung und sind sich dessen bewusst, dass sie mit ihr zugleich an die Öffentlichkeit treten werden. Sie verheimlichen niemandem, dass sie das, was sie so leicht dem »Studiensystem« entnehmen, zu dessen Zerstörung benutzen. Denn der Student kann gegen nichts rebellieren, ohne gegen seine Studien zu rebellieren und er spürt die Notwendigkeit dieser Rebellion weniger natürlich als der Arbeiter, der spontan gegen seine Lage rebelliert.



Aber der Student ist ein Produkt der modernen Gesellschaft, genau wie Godard und Coca-Cola. Seine extreme Entfremdung kann nur durch die Kritik der ganzen Gesellschaft kritisiert werden. Keinesfalls kann diese Kritik auf dem studentischen Gebiet vollzogen werden: der Student als solcher maßt sich einen Pseudowert an, der ihm verbietet, sich seiner wirklichen Enteignung bewusst zu werden und er bleibt damit auf dem Gipfel des falschen Bewusstseins. Aber überall dort, wo die moderne Gesellschaft kritisiert zu werden beginnt, bricht eine Revolte der Jugend los, die unmittelbar einer totalen Kritik des studentischen Verhaltens entspricht.

Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen.

Nach einer langen Periode lethargischen Schlafs und permanenter Konterrevolution zeichnet sich seit einigen Jahren eine neue Periode der Kritik ab, deren Träger die Jugend zu sein scheint. Doch die Gesellschaft des Spektakels zwingt durch die Vorstellung, die sie von sich selbst und von ihren Feinden hat, ihre ideologischen Kategorien zum Verständnis der Welt und der Geschichte auf. Sie führt alles, was dort geschieht, auf den natürlichen Lauf der Dinge zurück, und schließt alles wirklich neue, das ihre Aufhebung ankündigt, in dem beschränkten Rahmen ihrer illusorischen Neuheiten ein. Die Revolte der Jugend gegen die Lebensweise, die ihr aufgezwungen wird, ist in Wirklichkeit nur das Vorzeichen einer umfassenderen Subversion, bei der alle mitwirken werden, die immer mehr die Unmöglichkeit zum Leben fühlen, das Vorspiel der nächsten revolutionären Epoche. Allein die herrschende Ideologie und ihre täglichen Organe können nur nach erprobten Mechanismen der Umkehrung der Wirklichkeit diese wirkliche historische Bewegung auf eine sozio-natürliche Pseudo-Kategorie reduzieren: die Idee der Jugend (in deren Wesen die Rebellion liegen sollte). So führt man eine neue Jugend der Revolte auf die ewige Revolte der Jugend zurück, die in jeder Generation aufs neue hervorbricht, um sich dann zu verflüchtigen, wenn »der junge Mensch durch den Ernst der Produktion und die auf wirkliche und konkrete Ziele gerichtete Tätigkeit erfasst wird«. Die »Revolte der Jugend« war und ist immer noch Gegenstand einer regelrechten journalistischen Inflation, die sie zum Spektakel einer möglichen zur Betrachtung dargebotenen »Revolte« macht, um zu verhindern, dass sie gelebt wird, die abweichende – und schon integrierte – Sphäre, die zum Funktionieren des gesellschaftlichen Systems notwendig ist. Diese Revolte gegen die Gesellschaft beruhigt die Gesellschaft, da sie nach ihrer Meinung partiell bleibt, innerhalb der Apartheid der »Probleme« der Jugend – so wie es Probleme der Frau oder der Schwarzen geben soll – und nur einen Teil des Lebens dauern wird. In Wirklichkeit gibt es ein Problem der »Jugend« in der modernen Gesellschaft, weil die tiefe Krise dieser Gesellschaft am schärfsten von der Jugend gespürt wird. Die Jugend ist als typisches Produkt der modernen Gesellschaft selbst modern, wenn sie sich bedenkenlos integriert oder sie radikal ablehnt. Das wirklich Erstaunliche ist nicht so sehr die Revolte der Jugend, als die Resignation der »Erwachsenen«. Dafür gibt es keine mythologische, sondern eine historische Erklärung: die vorige Generation hat alle Niederlagen kennen gelernt und alle Lügen kompensiert, die die Periode des schmachvollen Zerfalls der revolutionären Bewegung begleitet haben.

Für sich genommen ist die »Jugend« ein Werbemythos, der bereits mit der kapitalistischen Produktionsweise als Ausdruck ihrer Dynamik tief verbunden ist. Dieser illusorische Vorrang der Jugend wurde mit dem Wiederaufschwung der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, als eine ganze Schicht von beeinflussbareren Konsumenten den Markt überschwemmte, eine Rolle, die ein Integrierungspatent für die Gesellschaft des Spektakels garantiert. Aber die herrschende Erklärung der Welt findet sich von neuem im Widerspruch mit der sozio-ökonomischen Wirklichkeit (denn sie hat ihr gegenüber Verspätung) und gerade die Jugend behauptet als erste eine unwiderstehliche Lebensgier, und lehnt sich spontan gegen die alltägliche Langeweile und die tote Zeit auf, die die alte Welt weiterhin durch ihre verschiedenen Modernisierungen absondert. Der rebellierende Teil der Jugend drückt die reine Verweigerung ohne das Bewusstsein einer Perspektive der Aufhebung aus, ihre nihilistische Verweigerung. Diese Perspektive wird überall auf der Welt gesucht und gebildet. Sie muss zur Kohärenz der theoretischen Kritik und zur praktischen Organisation dieser Kohärenz gelangen.

Situationistische Internationale (1966)

#1# Dieser Text ist von der Redaktion gekürzt.

Merkzettel 3
Turm-Blockade

Wir kochen ein Ereignis für ca. 3 500 Personen, drei Goldfische und ca. 270 Topfpflanzen.

Dauer:
Erfahrungsgemäß mehrerer Wochen, endet meist im Weihnachtssumpf 13 756 kal. / 5 342 joule

Einkauf:
Für ein gutes Gericht ist es wichtig, besonders frische und knackige Zutaten einzukaufen.
2x Klebeband (stabil), mindestens 2 Ketten oder Drahtseile (Drahtseilklemmen) und entsprechend viele Vorhängeschlösser, Papierrollen (groß), Eddings, Sprühlack, Kaffee, Milch, Zucker, Bier, Kerzen, Druckerpatrone, nach Saison Schlüssel-Zylinder und Sekundenkleber bzw. Bauschaum

Zutaten:
Zusätzlich benötigt man ca. 500 Stühle, 20 Tische, Werkzeugkiste, Ghettoblaster, möglichst viele alte Bettlaken, Schlafsäcke, Kaffeemaschine, Isomatten, Taschenlampen, Zahnbürsten, großer Brockhaus mit Post-It auf der Seite »Streik«, Wecker!

Vorbereitung:
Eine Woche vorher einladen zu und abhalten eines Turmplenums, Schlüssel von einem Raum (möglichst mit Teppich) im Turm und Zugang zu einem PC organisieren. Je nach Geschmack einen Tag vorher oder nachträglich eine Turm-VV beigeben.

Zubereitung:
Man treffe sich in einer Großgruppe von 5 - 10 Leuten am Abend vorher bis spätestens 21 h im Turm und bringe die Zutaten und Einkäufe mit (um 21 h werden

die Türen des Turms abgeschlossen). Nun verhält man sich gesetzt, bis sich das Gefühl einstellt allein zu sein. Daraufhin werden die 500 Stühle und 20 Tische mit den zwei noch fahrenden Aufzügen aus den Seminarräumen (möglichst Päd. Psycho.) in den ersten Stock gebracht. Sodann häufe diese zu einer martialischen Stuhl-Lawine in den beiden seitlichen Treppenhäusern. Sollte die Lawine zu schlapp und flüssig geraten, mische diese mit den vorbereiteten Tischen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Außentüren im Erdgeschoß frei bleiben.

Tipp vom Meisterkoch:
Das obere Ende der Stuhl-Lawine sollte vom Erdgeschoß aus gerade nicht mehr sichtbar sein. Nicht auf die tatsächliche Unüberkletterbarkeit der Lawine kommt es an, sondern nur darauf, dass sie so aussieht.

Nach dem man sich von derartigen Strapazen ausgeruht hat, brate man die Ketten bzw. die Drahtseile usw. so geschickt an, dass das Treppenhaus aus dem ersten Stock nicht mehr zugänglich ist. Nun zu dem aller Wichtigsten: Der Turm ist erst dann blockiert, wenn ein großes Schild darauf hinweist! Dieses ist also im Foyer so anzubacken, dass es nicht mehr von alleine runter fallen kann.

Das eigentliche Problem der Zubereitung dieses Gerichtes besteht darin, am nächsten Morgen den richtigen Zeitpunkt zu finden, die restlichen Aufzüge abzuschöpfen. Dies gelingt – leichter, wenn ein paar Leute im Turm übernachten und um 7 Uhr schon aufgestanden sind. Wenn dies gelungen ist, sind die Fahrstühle im 33. Stock notzuhalten. Gelingt dies nicht, kann man die Hausmeister darauf hinweisen, dass die Aufzüge bei blockierten – Treppenhäusern aus feuerpolizeilichen Gründen nicht fahren dürfen (Diese Option eröffnet den Köchinnen der Blockade allerdings während der gesamten Garzeit ein sportliches Betätigungsfeld).

Bei Tisch:
Am nächsten Morgen serviere man die Blockade bei guter Laune auf adrett mit Flugis dekorierten großen Tischen unten vor den Aufzügen und nenne diese Tische »Infostand« (sollten noch keine Flugblätter oder Inhalte vorhanden sein, tun es zur Not auch andere Infobroschüren, z.B. von RMV, Fern-Uni Hagen etc.). Für ein gelungenes Mahl ist es unerlässlich, auf die unterschiedlichen Wünsche und Vorstellungen aller Teilnehmenden einzugehen.
Hieraus sind im Groben sieben Kategorien hervorzuheben.
- Leute, die unbedingt zur Arbeit wollen (Studierende, Sekretärende, Mittelbauende und Profende)
- Leute, die im Examen stehen (mit am schwersten weich zu klopfen)
- Alte AktivistInnen, die früher alles besser gemacht haben (auch ganz schwer zu braten)
- Freiheitsliebende, die sich in ihrem Grundrecht auf Fahrstuhlfahren beeinträchtigt sehen
- Selbstmörder aller Art, die entweder testen möchten, wie lange es sich unter der Stuhl-Lawine überleben lässt oder Leute, die sich das Panorama der Stadt im freien Fall aus dem 38. Stock ansehen möchten.
- Liebhaber der mannigfaltigen Flora und Fauna des Turms (insbesondere Ichtyophile)
- Alle anderen gehen heim oder kochen mit.

Um mit all diesen gemeinsam essen zu können, sollte man einen Butler haben, um die benutzten Wurzelgemüse gut durchzudeleuzen und den entstehenden Murx abzufoucaulten. Auch ist für das Weiterköcheln der Blockade nützlich, sich mit Inhalten und guten Gründen zu wappnen. Der erste und immer wieder zu betonende Inhalt für die Blockade ist das Außerkraftsetzen der Normalität am Turm. als Untergründe könnten nach einer Weile die Erfahrung von der Gestaltbarkeit von Räumen und konkrete Verhandlungspositionen wie z.B. Abschaffung aller Herrschaftsverhältnisse oder das Wiedererrichten des Antifaschistischen Schutzwalls gelten. Vorzüglich geessert wird ein solches versteinertes Hirschragout in gerharten versiegelten Allerbecken. Mit einem frischen Becker in krellbunten Taturen lässt sich köstlich rumpuhlen.

Voilà

Bon appétit

Französische Verhältnisse III

Peter Brückner

»Peter Brückner war der coolste Professor der Studentenbewegung«, so die *SPEX* 1992, zehn Jahre nach dem Tod des kritischen Wissenschaftlers. »Er war selbst für die APO noch zu antiautoritär und brachte es nie zum Polit-Star. Dabei war er einer der wenigen Linken, die (sub)kulturelle Strategien nicht mit Argwohn beäugt haben. ›Klassenkampf‹ und neue soziale Bewegungen haben sich schon damals für ihn nicht ausgeschlossen.« Beides für das Universitätsregime der BRD nicht akzeptabel, so dass Peter Brückner wegen seines politischen Engagements mit einem Strafprozess verfolgt, mit Berufsverbot schikaniert und von seiner Forschung und Lehre suspendiert wurde, galt er doch als eine »Art Symbolfigur für den linken Professor« (so die *FAZ* 1982, nachdem er im Alter von 59 einem Herzversagen erlag). »Sie haben ihn um die Ecke gebracht. An uns ist es, ihm um diese Ecke nachzuschauen, bevor er am Ende der Straße gänzlich verschwindet«, schrieb Fritz Güde damals in einem Nachruf. Dieses Verschwinden scheint über zwanzig Jahre später erfolgt zu sein, sind doch inzwischen die bestallten Kriegsgewinnler der APO mitsamt den akkomodierten Protagonisten der »Neuen Sozialen Bewegungen« längst in den akademischen Betrieb der Gesellschaftswissenschaften der Berliner Republik Deutschland eingerückt, um ihre Stellungen als mehr oder weniger »kritische GesellschaftswissenschaftlerInnen« zu verteidigen. Denjenigen – studierenden wie außeruniversitären – KritikerInnen der bestehenden »zivilgesellschaftlichen« Zustände, die gegenüber dem beanspruchten kritischen Potenzial staatlich bezahlter Wissenschaft zunehmend wieder skeptischer werden, kann Peter Brückners engagiertes Leben, Lehren und Forschen zum Kriterium dienen, wie weit die Marxsche Parole emanzipatorischer Kritik: »Krieg den deutschen Zuständen!« in der BRD schon mal durchgedrungen war, wie weit sie isoliert und abgestumpft worden ist und ob ihre Radikalität im Handgemenge endlich wieder aktualisiert werden kann. Denn mit seiner Erforschung und Darstellung der Sozialpsychologie des Kapitalismus im allgemeinen und der deutschen Miserabilität im besonderen – vom NS über den Post-NS bis zur BRD-Linken – hat der (1967 bis 1977 an der TH Hannover lehrende und weit darüber hinaus engagierte) Psychologieprofessor einen unverrückbaren Maßstab gesetzt.

THEORIE PRAXIS LOKAL wird im Hörsaal des IVI an den ersten beiden Dienstagabenden im November 2004 über Leben, Engagement und Forschung von Peter Brückner informieren. Angesichts seiner subversiven und turbulenten Biografie wie seiner vielseitigen wissenschaftlichen Produktion haben wir uns für eine Darstellung in zwei Teilen entschieden, um auch Raum zu Diskussion und Kritik zu lassen.

2.11. 19.30 Uhr im Hörsaal des IVI (Kettenhofweg 130): Über **Peter Brückner (1922-1982), kritischen Wissenschaftler in den deutschen Zuständen: Leben, Werdegang, Selbstverständnis, soziales Engagement und wissenschaftliche Kritik-im-Handgemenge.**

9.11. 19.30 Uhr: Professor Peter Brückner, ein radikaler Sozialpsychologe und mehr – Forschung, Werküberblick, Kritik.

Antifaschistisches Blatt
info

Nr. 63 | Sommer 2004

Stand der Antifa Bewegung
Neonazis mit linker Symbolik
Einblicke in das neurechte
"Institut für Staatspolitik"

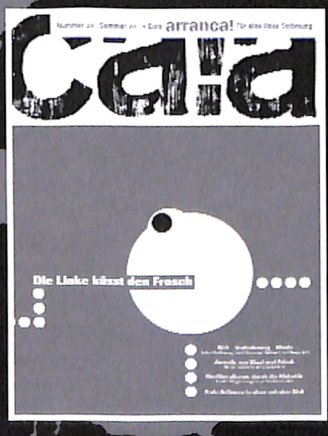
Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 (fünf Ausgaben)

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

für eine linke strömung
arranca!
nr. 30 herbst '04



Die Linke küsst den Frosch.

In jedem gut sortierten Buchhandel erhältlich. Einzelpreis 4 Euro. Erscheint 3 - 4x im Jahr. Probeheft gegen 2 Euro in Briefmarken. Bestellung und Infos: c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. www.nadir.org/arranca

Abo? Backissues?

Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei: diskus · Mertonstraße 26–28 · 60325 Frankfurt/Main · Rabatte auf Anfrage

impressum

diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Sonderheft · Oktober 2004 · 53. Jahrgang

diskus wird gefördert vom AStA der Universität Frankfurt

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28 · 60325 Frankfurt

Tel: (069) 79828912 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

Fax: (069) 70 20 39

E-mail: diskus@copyriot.com
gegenhegemonie@web.de

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen: Katrin Amelang · Dietmar Flucke · Wolfgang Hörbe · Alexandra Rau · Bernadett Settele · Stefan Trenkel

Redaktion der Sonderausgabe: Sonja Buckel · Lothar Eichhorn · Dietmar Flucke · John Kannankulam · Daniel Keil · Julia König · Oliver Schupp · Freunde und Mitglieder der *AG Gegenhegemonie*

Bilder: Florian Maak

dtp: kns_3²

Druck: Caro Druck

Auflage: Viertausend

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

plug.in.